

# LANDTAGS NACHRICHTEN

14. März

2 / 2012

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung +++ Gemeinsam Demokratie stärken +++ Solarstrom regional fördern? +++  
Internetkriminalität bekämpfen +++ Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ +++  
Schweriner Schlossgespräch zum Bauen im Schlossgartenflügel +++ Internationaler Holocaustgedenktag +++



3	GASTKOLUMNE	„Würdiger Rahmen für ein modernes Parlament“ Kommentar von Jürgen Hingst (NDR), Vorsitzender der Landespressekonferenz, zu den Umbauplänen im Landtag
4 – 20	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 10	BERICHTE	
6		Landtag fordert härteres Vorgehen gegen Internetkriminalität
7		Gedenken an die Opfer der Hitler-Diktatur wahren und Demokratie stärken –
8		Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
9	WEITERE BESCHLÜSSE	Matthias Crone ist neuer Bürgerbeauftragter Elektronische Fußfessel Mitglieder für Medienausschuss gewählt NPD-Entwurf zur Änderung des Landes-Verfassungsschutzgesetzes abgelehnt Immunität aufgehoben
10	SONDERSITZUNG	Wahl der MV-Delegierten zur Bundesversammlung
11 – 20	ORIGINAL-DEBATTE	Einsetzung einer Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
21 – 23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Anhörung im Innenausschuss zu Gewalt bei Fußballspielen Vorbereitung des X. Parlamentsforums Südliche Ostsee EU-Ausschuss der Regionen Oder-Partnerschaft
24 – 27	PANORAMA	Veranstaltung im Landtag zum Internationalen Holocaustgedenktag Schlossgespräch „Die Folgen des Schlossbrandes. Umbauten nach 1913 und Auswirkungen auf die zukünftige Nutzung“  Titelfoto (Jörn Lehmann) Frühlingserwachen am Schweriner Schloss

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**  
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

# Würdiger Rahmen für ein modernes Parlament

Zugegeben, rund 26 Millionen Euro, das ist eine Menge Geld. Und ob die Summe reicht, ist heute noch nicht klar. Aber wenn schon in den neuen Plenarsaal investiert werden soll, dann auch richtig. Der heutige ist ja nur ein Provisorium, genauso wie der Festsaal nebenan.

Mehr als 20 Jahre lang hat sich das demokratisch gewählte Parlament im Landtag mit bescheidenen Lösungen zufriedengeben müssen – ganz im Gegensatz zu seinen aristokratischen Vorläufern. Es kann eigentlich nicht sein, dass sich Schwerin damit rühmt, den schönsten Sitz eines deutschen Landtages zu haben, und damit ausschließlich Friedrich Franzens Zinnen meint, nicht aber das Parlament selber. Der Blick in die heutigen Räume versprüht allenfalls den spröden Charme der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Modernität und Transparenz sehen anders aus. Deshalb ist es richtig, sich für ein Konzept entschieden zu haben, das etwas Neues schaffen möchte, ohne den historischen Ort zu überlagern.

## „ Im Schweriner Schloss kann ein Versprechen eingelöst werden: vom Fürstenhof zum Sitz der Demokratie. „

Der neue Plenarsaal soll zeigen, was Demokratie ausmacht: Debattenkultur, Dialog und Offenheit. Dazu gehören auch vernünftige Arbeitsplätze für Journalisten und Landtagskorrespondenten. Die jetzigen erinnern eher an einen Hörsaal als an ein modernes Parlament. Nichts gegen Hochschulen – aber Holzstuhl mit Klappstisch hinter den Hinterbänkern der letzten Reihe ist nicht ganz so das, was man heute braucht. Keine vernünftigen Positionen für Kameras, keine guten Standorte für Fotografen, eine veraltete Audiotechnik – so etwas wie in Schwerin findet man nur noch wenig in Deutschlands Länderparlamenten. Ich finde, da hat Schwerin durchaus etwas Besseres verdient.

Der Entwurf für den neuen Parlamentssaal erfüllt zumindest viele Erwartungen. Er ist lichtdurchflutet, öffnet sich nach Süden Richtung Kreuzkanal und ermöglicht mit seinen Zuschaueremporen direkte Einblicke auf das Rund der Abgeordnetensitze. Das ist gut so. Außerdem sind Kamerapositionen vorgesehen und moderne Arbeitsmöglichkeiten für Landtagsberichterstatter. So können auch Leser, Zuschauer und Hörer besser über das informiert werden,



Jürgen Hingst leitet die Aktuell-Redaktion von NDR 1 Radio MV. Er ist seit 2005 Vorsitzender der Landespressekonferenz MV e.V.

was im Parlament geschieht. Dazu kommt eine komplette Erneuerung des Medienzentrums einschließlich einer zeitgemäßen Konferenztechnik.

Nicht nur die Landespressekonferenz wird davon profitieren. Es ist das Gesamtkonzept, das überzeugt. Wenn sich Politiker, Korrespondenten und Gäste auf unterschiedlichen Ebenen begegnen können; wenn es Räume gibt, die besser geeignet sind, um sich zu treffen, als bisher, so kann das nur gut tun. Die Chance dafür ist gegeben. Jetzt bitte bloß nicht nachlassen!

Im Schweriner Schloss kann nun ein Versprechen eingelöst werden: vom Fürstenhof zum Sitz der Demokratie. Ein modernes Parlament braucht einen würdigen Rahmen. Demokratie braucht eine Architektur. Es muss ja kein neues Gemäuer sein. Ganz im Gegensatz zum Nachbarland Brandenburg. 130 Millionen Euro fürs neue Potsdamer Stadtschloss, um den Landtag aufzunehmen – da kann man schon mal ins Grübeln kommen. In Schwerin sollten wir uns freuen. Ein Provisorium wird beendet, ein Schloss saniert und der Landtag erhält angemessene Räume. So gesehen hält sich der finanzielle Rahmen sogar in vertretbaren Grenzen, und schließlich haben alle etwas davon – Abgeordnete, Besucher, Mitarbeiter, Gäste und nicht zuletzt wir Journalisten.

Jürgen Hingst

### Schlossgespräch

Am 29. Februar hatte der Landtag zu seinem 14. Schweriner Schlossgespräch eingeladen. Der Architekt Tilman Joos vom Büro „Dannheimer & Joos Architekten“ berichtete über die Spätfolgen und die Auswirkungen des Schlossbrandes von 1913 auf die zukünftige Nutzung des Schlosses. Das Münchner Architektenbüro hatte den Architektenwettbewerb zur Neugestaltung des Plenarsaales gewonnen und sich während der Vorarbeiten zur geplanten Umbaumaßnahme intensiv mit der Bausubstanz befasst. Mehr zum Schlossgespräch lesen Sie auf den Seiten 25 – 27.

# Stallgröße auf dem Prüfstand

Aktuelle Stunde zu Antibiotika-Einsatz und artgerechter Tierhaltung

Um die „Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“ ging es in der Aktuellen Stunde des Landtages am 1. Februar. Das Thema war wegen der jüngsten Diskussionen um den Antibiotika-Einsatz vor allem in der Geflügelmast von der Linksfraktion beantragt worden.

„Was ist heute ein Bauernhof? Wo fängt die Agrarfabrik an? Ab wann haben wir es mit Massentierhaltung zu tun?“, fragte der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Prof. Dr. Fritz Tack**. Seiner Ansicht nach fehlt eine klare Definition dieser Begriffe. Er kritisierte zudem, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keine Forschung zu Auswirkungen der Größe von Tierhaltungen gibt. Der Minister rede zwar davon, kürze aber gleichzeitig die Mittel. Tack forderte Obergrenzen für die Tierhaltung, einen Mindestlohn für die Beschäftigten und die Prämierung artgerechter Tierhaltung. Er bezeichnete „eine betriebliche Obergrenze für den Tierbesatz von zwei Großvieheinheiten pro Hektar“ als diskussionswürdig. Bei der Errichtung von Ställen müssten die Einwohner früh einbezogen werden.

Die Skandale in der Tierhaltung müssen nach Ansicht von **Agrarminister Dr. Till Backhaus** ein Ende haben. Er wolle künftig die Größe von Ställen begrenzen. Dies solle Bestandteil des Masterplans für die Land- und Ernährungswirtschaft werden, den das Ministerium derzeit erarbeite. Das Thema solle auch im Bundesrat diskutiert werden. Er will eigenem Bekunden nach eine Mehrheit erreichen, um übergroße Stallanlagen bundesweit verbieten zu können. In Mecklenburg-Vorpommern sollen die Tierbestände dennoch wachsen. Das Land gehöre in Europa zu den Regionen mit dem wenigsten Vieh und könne das Fünffache an Tieren vertragen. Der Minister will den Gemeinden mehr Spielraum geben, selbst über den Bau von Ställen zu entscheiden.

**Heino Schütt** (CDU) kritisierte, dass sich Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Teile der Linken vehement gegen die

Errichtung von Tierhaltungsanlagen aussprechen. „Sie wollen sogenannte Eignungsräume für Tierhaltungsanlagen ausweisen und damit alle anderen Räume von Tierhaltungsanlagen freihalten“, bemängelte er. Der Abgeordnete kritisierte auch die Vergabekriterien für den Kauf oder die Pachtung von Flächen. Ackerbaubetrieben gelinge es eher, an Flächen zu kommen, als Tierhaltern. Er sprach sich für zügige Genehmigungsverfahren und eine verlässliche Förderpolitik aus. Das Aussetzen der Förderung von Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen im konventionellen Bereich hält er für „nicht gerechtfertigt“. Es gelte, wieder zügig Planungs- und Investitionssicherheit für Landwirte zu schaffen.

Die Grünen-Abgeordneten **Jutta Gerkan** nannte die Bedingungen in der Massentierhaltung tierquälerisch. Hähnchen würden in den 30 Tagen ihres Lebens kein Tageslicht sehen, junge Eber würden ohne Betäubung kastriert. In der Tierhaltung in Deutschland würden doppelt so viel Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin. Das führe zur Herausbildung von multiresistenten Keimen, an denen jedes Jahr viele Menschen in den Kliniken sterben. „Das muss nicht sein“, sagte sie. Die Grünen lehnten Ställe ab, in denen die Tiere genverändertes Soja aus Übersee bekommen. Dies alles vertrage sich weder mit Tourismus noch mit Gesundheitswirtschaft. „Wir Bündnisgrünen plädieren für kleinere flächengebundene ... Tierproduktionsbetriebe, mehr bäuerliche Landwirtschaft und mehr biologische Tierhaltung“, sagte die Parlamentarierin.

In Mecklenburg-Vorpommern seien seit 2006 im Fleisch keine Antibiotika mehr nachgewiesen worden, sagte **Thomas Krüger** (SPD). Es gebe hier eine Sicherheit für Verbraucher. Dennoch hätten die Hähnchenhalter inzwischen auch Absatzprobleme. Er wies Kritik zurück, die große Ställe generell verdammt. Bezogen auf die Fläche habe Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Tierbestand in Deutschland. Bei Rindern und Schweinen habe sich der Bestand stabilisiert. Bei Geflügel hingegen habe er sich seit 2007 von knapp acht

Fotos: Uwe Balewski



Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)



Agrarminister Dr. Till Backhaus

Millionen auf rund neun Millionen Tiere erhöht. Das Land habe damit einen Anteil von rund 15 Prozent des in Deutschland erzeugten Geflügelfleisches. Wegen der gestiegenen Nachfrage sei der Fokus stark auf die Haltung von Geflügel ausgerichtet. Die SPD setzt Krüger zufolge auf artgerechte Tierhaltung, die ökonomisch und ökologisch tragfähig ist.

Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** müssen sich die Rahmenbedingungen für Bauern ändern. Zwar sei der „Produktionswert der Landwirtschaft“ 2010 in Mecklenburg-Vorpommern um fast neun Prozent auf 2,4 Milliarden Euro gestiegen. Doch sei das Bild durch „Agrarindustriebetriebe“ geprägt, nicht durch bäuerliche Produktion. Er warf der Politik Fehlverhalten vor, die nach der Wende die LPG in ihrer Größe belassen und dem Markt unterworfen hätte. „Für eine zukunftsfähige und heimatverbundene Landwirtschaft und ein ebensolches Bauerntum ist aus Sicht der NPD-Fraktion die Sicherstellung der größtmöglichen Unabhängigkeit von der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die problemlos auch hier in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern angebaut werden können, durchzusetzen“, sagte er.

**Jeannine Rösler** (Die LINKE) berichtete von hartnäckigem Widerstand gegen die Errichtung der „größten Ferkelfabrik Europas“ im Landkreis Vorpommern-Greifswald. „Sechs Ställe, 10.500 Muttersauen, die eine Viertelmillion Ferkel jährlich werfen“, seien dort geplant. Seit über einem Jahr protestierten Alte und Junge, Alteingesessene und Neuzugezogene allwöchentlich gegen die Massentierhaltung. „Sie fürchten die Folgen für die Umwelt, sie wollen nicht, dass das schöne Tollensetal zur Kloake wird“, erklärte die Abgeordnete. Die Anlage aber sei rechtstaatlich genehmigt. „Denn anders als in den Niederlanden muss der Investor hier weniger strenge Auflagen erfüllen.“ Für die Region gebe es keinerlei Gewinn. „Das Einzige, was sicher ist“, sagte die Abgeordnete, „ist der Gewinn des Großinvestors.“



Heino Schütt (CDU)



Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Thomas Krüger (SPD)



Stefan Köster (NPD)



Jeannine Rösler (Die LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

# Internetkriminalität

Landtag fordert härteres Vorgehen

Die Landesregierung prüft die Bildung einer Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Das Parlament hat einem entsprechenden Antrag zugestimmt, den die Koalitionsfraktionen am 2. Februar einbrachten.

„In Kombination mit der Einrichtung einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft wäre dies eine in Deutschland einmalige organisatorische Maßnahme zur Bündelung der Kapazitäten auf diesem Gebiet“, sagte Justizministerin **Uta-Maria Kuder**. Rasant steigende Fallzahlen, etwa bei Internetbetrug, Datenklau, Missbrauch von Kreditkarten oder Kinderpornografie, und ständig wachsende Schadenssummen erforderten ein entschiedenes Vorgehen. „Die Entwicklung der Fallzahlen in unserem Land übertrifft sogar deutlich den auch bundesweit zu verzeichnenden Anstieg und verhält sich geradezu konträr zur demografischen Entwicklung“, stellte die Ministerin fest. Während die Zahl der bundesweit registrierten Straftaten im Bereich Computerkriminalität von 2009 bis 2010 um 36 Prozent gewachsen sei, habe die Steigerung in Mecklenburg-Vorpommern im selben Zeitraum 150 Prozent betragen. „Ein gleichermaßen steiler Anstieg zeichne sich auch für 2011 ab.“ Häufig würden hochqualifizierte IT-Spezialisten aus dem Ausland agieren. Einen „Internet-Tatort“ könne man nicht mit Flatterband absperren und ebenso wenig vor Ort Fingerabdrücke nehmen. Eine hohe Spezialisierung der Strafverfolger sei daher unverzichtbar.

Der CDU-Abgeordnete **Andreas Texter** bezeichnete die Bekämpfung der Internetkriminalität als große Herausforderung. Die Landesregierung solle prüfen, wie die Staatsanwaltschaften dieser Form der Kriminalität in Zukunft begegnen wollen, und zeitnah über Ergebnisse berichten. In einer „Netzgesellschaft“ dürfe es Straftätern nicht möglich sein, verschlüsselt im Internet zu agieren. „Wir sind hier in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen Datenschutz einerseits und den Forderungen nach mehr Kontrolle und Verbesserung der rechtlichen Möglichkeiten für Sicherheitsbehörden andererseits“, räumte er ein.

Nach Auffassung der SPD-Abgeordneten **Stefanie Drese** verfügen die Täter im Netz über immer raffiniertere Methoden. Diese müssten auch die Strafverfolger beherrschen. Sonst hätten diese im „Katz-und-Maus-Spiel“ mit den Kriminellen das Nachsehen. Ob nun eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität eingerichtet werden soll oder eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft, das müsse die Landesregierung entscheiden.

In den Augen der Linken ist der Antrag überflüssig. An der Erfüllung des Auftrages arbeite die Landesregierung ohnehin schon, sagte deren Parlamentarischer Geschäftsführer **Peter Ritter**. Auf Bundesebene werde die Bildung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften eher kritisch gesehen. Seine Fraktion brachte einen Änderungsantrag ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Zusammen-



Foto: Jens Büttner

arbeit auf diesem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung mit Schleswig-Holstein und Hamburg zu prüfen. Über alle Ergebnisse solle der Landtag bis zum Jahresende informiert werden. Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der NPD abgelehnt. Grüne und Linke stimmten zu.

**Johannes Saalfeld** (B'90/DIE GRÜNEN) hält eine inhaltliche Debatte für sinnvoller als einen Prüfauftrag. Dennoch werde seine Fraktion den vorliegenden Antrag unterstützen. Er sehe aber auch Gefahren durch eine wachsende staatliche Überwachung. Besser sei eine Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen. „Wer sicher im Umgang mit dem Internet ist, ist weniger gefährdet“, sagte er.

**Tino Müller** (NPD) wies ebenfalls auf die massive Zunahme der Kriminalität im Netz hin. Die Polizei sei technisch nicht auf dem neuesten Stand. Er forderte weitere Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften, zum Beispiel zur Bekämpfung von Linksextremismus und von Kriminalität gegen Kinder.

**Michael Silkeit** (CDU) betonte, das Landeskriminalamt habe die Gefahren der Internet-Kriminalität erkannt und die Zahl der Spezialisten von vier auf 14 aufgestockt. Eine Spezialisierung sei nötig, um Täter erfolgreich verfolgen zu können. Er warb um Zustimmung für den Koalitions-Antrag. Dem folgten SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die NPD lehnte den Antrag ab. DIE LINKE enthielt sich der Stimme.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/254

Änderungsantrag DIIE LINKE Drucksache 6/287

## Hintergrund

Bedeutung erlangt die „Cyber-Kriminalität“ nach Angaben des Justizministeriums vor allem im Bereich der Vermögensdelikte, bei der Geldwäsche, der politisch motivierten Kriminalität, der Kinderpornografie und der organisierten Kriminalität. Durch die Nutzung ausgespähter Kreditkartendaten – das sogenannte Carding – habe ein Täter in Mecklenburg-Vorpommern im Laufe eines Monats in weit über 100 Fällen Waren im Gesamtwert von über 30.000 Euro erworben. Hohen Schaden verursachten auch das sogenannte Phishing, bei dem die Online-Banking-Zugangsdaten der Opfer ausgespäht werden, oder das Skimming, die illegale Nutzung von EC-Kartendaten.

# Demokratie stärken

Gemeinsamer Beschluss von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die demokratischen Fraktionen im Landtag haben dem Rechtsextremismus erneut den Kampf angesagt. In einem gemeinsamen Antrag forderten SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Parlaments-sitzung am 1. Februar, alles zu tun, damit die Gräueltaten des Nazi-Regimes nicht vergessen oder verharmlost werden. Das Gedenken an die Opfer der Hitler-Diktatur müsse gewahrt und die Demokratie gestärkt werden. Angesichts aktueller rechtsextremistischer Gewalttaten stelle dies auch neue Anforderungen an die politische Bildung.

„Wie präsent die Gefahr des Rechtsextremismus in der Gegenwart ist, zeigt uns das Aufdecken der Terrorzelle ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ vor wenigen Monaten“, mahnte Linksfraktionschef **Helmut Holter**. Jahrelang seien Morde an Menschen unentdeckt geblieben, die nach Deutschland kamen, um hier eine neue Heimat zu finden. In Mecklenburg-Vorpommern seien im Jahr 2010 fast 100 rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen worden. „Auch dass die NPD mit ihrem demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Gedankengut hier im Landtag vertreten ist, muss ... Ansporn sein, sich noch stärker für Demokratie und Toleranz einzusetzen“, sagte er. Er verwies auf Defizite in der politischen Bildung junger Leute. Einer Studie zufolge wisse jeder fünfte Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren nicht, was der Begriff „Auschwitz“ bedeutet. „43 Prozent der Deutschen haben noch nie eine Gedenkstätte besucht, und 40 Prozent wollen sich überhaupt nicht mit der deutschen Vergangenheit beschäftigen“, sagte Holter.

SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery** erinnerte an die Wannsee-Konferenz, die vor fast genau siebzig Jahren 15 Männer des NS-Regimes in Berlin zusammenführte. Dort wurde die organisierte Vernichtung der europäischen Juden beschlossen – was heute zu den „erschreckendsten historischen Fakten der deutschen Geschichte“ zähle. Bis in die Gegenwart gebe es Völkermord auf der Welt und jeder sei ein schweres Verbrechen. Gerade die Deutschen – auch die der jüngeren Generation – tragen seinen Worten nach Verantwortung, damit Hass, Verfolgung und Vernichtung keine Chance mehr haben. Deshalb müsse die Erinnerung auch an solche Geschehnisse wie die Wannseekonferenz wach gehalten werden. Die Lehren aus der Vergangenheit sollten „zur Quelle des Wissens für die Gestaltung der Gegenwart“ gemacht werden.

Als „Schande für Deutschland“ bezeichnete **Torsten Renz** (CDU) die aktuelle Mordserie von Rechtsextremisten, die Menschen wegen ihrer Herkunft töteten. Auch deshalb sei das Gespräch mit Zeitzeugen des Nationalsozialismus wichtig. Doch gebe es davon immer weniger. Das stelle neue



Foto: Jens Büttner

Herausforderungen an die Gesellschaft. Jeder Einzelne sei gefragt, damit sich die unheilvolle Vergangenheit nicht wiederholt.

**Michael Andrejewski** (NPD) forderte, an die Opfer des Stalinsismus zu denken. Seiner Meinung nach erzeugt die „Dauerbearbeitung“ junger Leute mit Themen aus der Vergangenheit höchstens Überdross. Es kommt Andrejewski zufolge auch darauf an, wer etwas sagt. „Wenn man kein glaubwürdiges Personal hat, erreicht man die Menschen nicht“, sagte er in Richtung der demokratischen Parteien.

Für **Jürgen Suhr**, Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist Auschwitz das Symbol für die millionenfache Vernichtung von Menschen. Das Gedenken an die Opfer wach zu halten, sei eine verantwortungsvolle Aufgabe über Generationen hinweg. Es sei die Pflicht eines jeden Demokraten, Widerstand zu leisten, wenn es Versuche gebe, den Holocaust zu relativieren. Niemand dürfe in Deutschland Angst vor Übergriffen haben. Wo sich Rechtsextremismus breit mache, müsse konsequent aufgeklärt und geahndet werden. „Es muss deutlich werden, dass es keine Legitimation für rechtsextremes Gedankengut gibt“, sagte er. „Unsere Verantwortung ist dabei zeitlos.“

Nach der Debatte stimmten SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag zu. Die NPD lehnte ihn ab.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 6/283

## Bundesweite Schweigeminute

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung beteiligten sich am 23. Februar an der bundesweiten Schweigeminute für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund hatten die Menschen in Deutschland dazu aufgerufen, um 12 Uhr für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit innezuhalten, um der Opfer der von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge zu gedenken. Dies geschah zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt.

# Solarstrom

Grüne scheitern mit Antrag  
für regionalspezifische Förderung

**Betreiber von Solaranlagen in Mecklenburg-Vorpommern können nicht auf eine überdurchschnittliche Förderung hoffen. Ein Antrag der Grünen-Fraktion, der auf bundesweit gestaffelte Zuschüsse je nach Sonnenintensität zielte, fand am 3. Februar im Landtag keine Mehrheit. Nach Überzeugung der Regierungsfractionen von SPD und CDU kann im Bundesrat die dafür nötige Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nicht durchgesetzt werden.**

Der Grünen-Abgeordnete **Johann-Georg Jaeger** hat die regionalspezifische Vergütung mit der höheren Rentabilität von Solaranlagen im Süden Deutschlands aufgrund höherer Sonnenintensität begründet. „In Baden-Württemberg und Bayern sind die Erträge aus der Solarstromproduktion um etwa zehn Prozent höher als in Mecklenburg-Vorpommern, bei gleichen Investitionskosten“, sagte er. Schon jetzt werde die Sonnenkraft im Süden deutlich stärker genutzt als im Norden. Um dieser ungleichen Entwicklung zu begegnen, solle die vom Staat festgelegte Einspeisevergütung „unbürokratisch auf die Region der Produktion“ angepasst werden. Dies werde bei der Windkraftnutzung bereits praktiziert. Trotz der schrittweise abgesenkten staatlichen Solarförderung nehme die Nutzung der Sonnenkraft rasant zu. Die von den Grünen geforderte Bundesratsinitiative hätte keine Aussicht auf Erfolg. „Die Südländer würden Sturm laufen und der Rest mit dem Kopf schütteln über eine solche Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern“, sagte **Energie-minister Volker Schlotmann**. Er verwies auf das Vorhaben, vier Regionalkonferenzen zum Thema EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) in den nächsten Monaten im Nordosten durchzuführen. Die Vorschläge für eine sinnvolle Änderung des Gesetzes sollten in einem Prozess mit möglichst vielen Beteiligten erarbeitet werden. Nur in breitem Konsens könne die Energiewende herbeigeführt werden, betonte der Minister.

Foto: Jens Büttner



Der CDU-Angeordnete **Jürgen Seidel** verwies darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern bereits jetzt mehr als die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen gewinnt. Doch dafür müsse nun mal die Sonne scheinen und der Wind wehen, sagte er. Sonnenenergie sollte dort eingefangen werden, wo eine hohe Effizienz erreicht wird. Für den Verbraucher und die Wirtschaft sei das Zusammenspiel von drei Punkten wichtig: „Energie muss umweltgerecht, versorgungssicher und preiswert sein.“ Das gelte auch für Ökostrom. Photovoltaik werde derzeit überfördert. Hier dürfe aber nun nicht mit dem Holzhammer gekürzt werden. Für Mecklenburg-Vorpommern sei jetzt der Netzausbau wichtig. Dem Antrag der Grünen erteilte er eine Absage.

Deutsche Solarstrom-Produzenten gerieten zunehmend in Schwierigkeiten, betonte **Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Sie könnten beispielsweise nicht mit den Preisen chinesischer Hersteller mithalten. Inzwischen gebe es große Überkapazitäten. Die Photovoltaik dürfe aber weder „kaputtgeredet“ noch „kaputtgeregelt“ werden. Statt die Rahmenbedingungen ständig zu ändern, müsse der Markt für erneuerbare Energien verstetigt werden. Die Stromnetze müssten gegen die schwankende Einspeisung dezentral erzeugten Ökostroms „fit gemacht“ werden. Sie signalisierte Zustimmung ihrer Fraktion für den Antrag der Grünen.

Auf den rasanten Anstieg der Solarenergie welt- und deutschlandweit verwies auch der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert**. Dies sei auch eine „Jobmaschine“. In Mecklenburg-Vorpommern würden die Potenziale aber noch unzureichend genutzt. Eine regionalspezifische Vergütung, wie die Grünen sie forderten, hält er dennoch für nicht hilfreich. Das Land brauche aber mehr Dach- und Freiflächen für Solarstromanlagen und müsse sich insgesamt offensiver für die Nutzung von Sonnenenergie einsetzen. Der Bundesregierung warf er vor, sich nur halbherzig für die Energiewende einzusetzen. Dem Antrag stimmten die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zu. Mehrheitlich wurde er abgelehnt.

*Drucksache 6/245*

## Solarstrom

Nach Angaben der Bundesnetzagentur wurden 2011 Kollektoren mit einer Gesamtleistung von rund 7.500 Megawatt in Deutschland installiert, so viele wie in keinem Jahr davor. Mecklenburg-Vorpommern gehört dabei trotz zuletzt beachtlicher Zuwachsraten noch zu den „Entwicklungsländern“. Nach Angaben des Statistikamtes erreichte 2010 die Gesamtleistung der Solaranlagen im Land 237 Megawatt. Das war fast zweieinhalb Mal so viel wie 2009. Zahlen für 2011 lagen noch nicht vor.

Der Solarboom war vor allem durch die hohe staatliche Förderung ausgelöst worden, die schrittweise reduziert wird. Billigmodule aus China senken zudem die Investitionskosten. Die Verbraucher müssen in diesem Jahr 3,59 Cent je Kilowattstunde über den Strompreis für die Ökoenergieförderung bezahlen. Kritiker halten die Milliarden-Förderung für unangemessen. Solarenergie trägt bislang drei Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland bei.



# Weitere Beschlüsse des Landtages

Foto: Cornelius Kettler



*Symbolische Schlüsselübergabe des bisherigen Bürgerbeauftragten Bernd Schubert an seinen Amtsnachfolger Matthias Crone.*

## Neuer Bürgerbeauftragter

**Matthias Crone** ist neuer Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der 53-Jährige wurde am 1. Februar im Landtag mit 62 von 67 abgegebenen Stimmen in das Amt gewählt. Damit stimmten in der geheimen Abstimmung auch zahlreiche Oppositionspolitiker für den von der CDU nominierten Kandidaten. Der von der NPD aufgestellte Bewerber **Michael Andrejewski** erhielt vier Stimmen, eine weniger als die rechtsextreme Partei Abgeordnete hat. Crone war lange Jahre Leiter des erzbischöflichen Amtes der Katholischen Kirche in Schwerin und zuletzt stellvertretender Regierungssprecher. Sein neues Amt als Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern trat er am 1. März an. Die Position war seit etwa einem halben Jahr vakant. Der bisherige Amtsinhaber **Bernd Schubert** (CDU) war im September 2011 in den Landtag gewählt worden und durfte somit die Funktion nicht weiter ausüben. Den Bürgerbeauftragten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern seit 1995. Matthias Crone ist der vierte Amtsinhaber nach Frieder Jelen, Heike Lorenz und Bernd Schubert. Die Amtszeit des Bürgerbeauftragten beträgt sechs Jahre.

*Drucksachen 6/244 und DS 6/267*

## Elektronische Fußfessel

Mecklenburg-Vorpommern lässt entlassene Straftäter, die eine elektronische Fußfessel tragen müssen, von einer Zentralbehörde in Bad Vilbel bei Frankfurt überwachen. Der Landtag stimmte am 1. Februar mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU dem Beitritt zum entsprechenden Staatsvertrag der Bundesländer zu, wie es der Europa- und Rechtsausschuss empfohlen hatte. Laut Ministerium tragen im Nordosten derzeit drei freigelassene Straftäter die virtuelle Fessel. Verstoßen sie gegen Auflagen zum Aufenthaltsort, wird elektronisch Alarm ausgelöst und die Polizei greift ein. Gleiches geschieht auch beim Versuch, die Fußfessel abzustreifen.

*Drucksachen 6/29 und 6/272*

## NPD-Gesetzentwurf abgelehnt

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 1. Februar einen Gesetzentwurf der NPD-Fraktion zur Änderung des Landesverfassungsschutz-Gesetzes abgelehnt. Die rechtsextreme NPD wollte ins Gesetz aufnehmen, dass jede Landtagsfraktion mit mindestens einem Mitglied in der Parlamentarischen Kontrollkommission vertreten sein soll. Sie selbst hat keinen Vertreter in dem Gremium, das den Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert. SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten in der Zweiten Lesung gegen den Entwurf. Der Landtag hatte den NPD-Gesetzentwurf am 16. November 2011 in Erster Lesung behandelt und mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen die Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt. In solchem Fall wird der Gesetzentwurf automatisch nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

*Drucksache 6/83*

## Immunität aufgehoben

Der Landtag hat am 1. Februar die Immunität von zwei NPD-Landtagsabgeordneten aufgehoben und damit den Weg frei gemacht für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Dabei handelt es sich um den Vorsitzenden der NPD-Fraktion, **Udo Pastörs**, sowie den Abgeordneten **David Peterreit**. Pastörs soll in einer Landtagsrede im Januar 2010 Opfer der NS-Herrschaft verunglimpft haben. Daraufhin hatte die Linkesfraktion Anzeige erstattet. Peterreit wird der Vertrieß von CDs mit rechtsextremistischem Inhalt vorgeworfen.

*Drucksachen 6/269 und 6/275*

## Medienausschuss gewählt

Der Medienausschuss der Medienanstalt M-V ist nunmehr vollzählig. Am 1. Februar hat das Parlament mehrheitlich folgende vier Mitglieder gewählt:

Marleen Janew (Deutscher Journalistenverband), Jörg Velten (Künstlerbund), Katrin Kauer (Bauernverband) und Torsten Haberland (Landessportbund).

Sieben weitere Mitglieder waren bereits im Vorfeld in den Ausschuss entsandt worden. Nur wenn sich die Organisationen und Verbände nicht auf eine gemeinsame Vertretung einigen können, muss der Landtag entscheiden.

Die fünfjährige Amtszeit des alten Ausschusses endete im Januar 2012. Der Medienausschuss besteht aus elf Mitgliedern, die die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks wahrnehmen. Die Mitglieder entscheiden unter anderem über die Zulassung privater Rundfunkveranstalter, Übertragungskapazitäten oder auch Verstöße gegen das Rundfunkgesetz und stellen den Haushaltsplan der Medienanstalt fest.

*Drucksache 6/225*

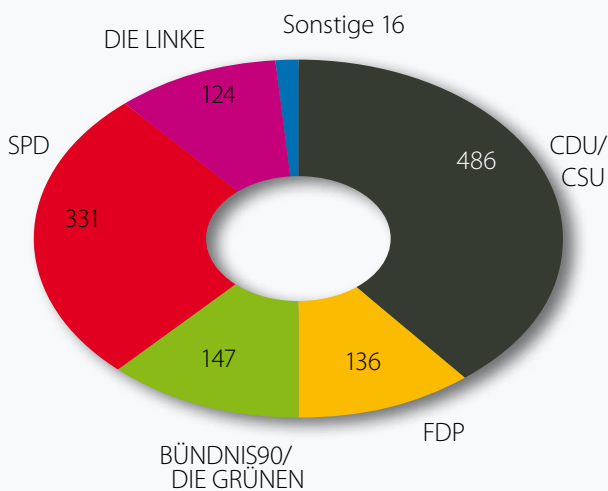
# Sondersitzung

## Wahl der Delegierten für die Bundesversammlung

Der Landtag hat am 6. März die 13 Delegierten Mecklenburg-Vorpommerns für die Wahl des Bundespräsidenten am 18. März bestimmt. Nach dem vorgeschriebenen Proporzverfahren wurden fünf Vertreter der SPD, drei der CDU, drei der Linken und je einer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD gewählt.

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung, also indirekt, gewählt. Die ausschließlich für die Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland gebildete Bundesversammlung besteht aus allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie einer grundsätzlich gleichen Zahl an Vertretern der Bundesländer, die von den Landtagen gewählt werden.

### Sitzverteilung in der 15. Bundesversammlung



www.wahlrecht.de

Stand: 5. 3. 2012



Foto: Jens Büttner

Joachim Gauck, Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, war am 6. März auf Einladung der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen im Schweriner Schloss zu Gast. Gut eine Stunde lang stellte er sich den Fragen der Abgeordneten und trug sich anschließend im Beisein von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in das Gästebuch des Landtages ein.

Zurzeit hat der Deutsche Bundestag 620 Mitglieder, 14 davon aus Mecklenburg-Vorpommern. Die 15. Bundesversammlung wird somit aus maximal 1.240 Mitgliedern bestehen. Wie viele der 620 Delegierten ein Land stellt, hängt von seiner Bevölkerungszahl ab. Nordrhein-Westfalen als größtes Land schickt 133 Vertreter, der Stadtstaat Bremen entsendet fünf Delegierte.

Zur Wahl am 18. März stehen drei Kandidaten. CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben Dr. hc. Joachim Gauck (parteilos) nominiert, der von 1990 bis 2000 die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR geleitet hat. Kandidatin der Partei DIE LINKE ist Beate Klarsfeld, die vor allem für ihr Engagement bei der Aufklärung und Verfolgung von Naziverbrechen bekannt ist. Die NPD nominierte den parlamentarischen Berater ihrer sächsischen Landtagsfraktion Dr. Olaf Rose.

### Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern zur Bundesversammlung am 18. März 2012

Name		Auf Vorschlag der Fraktion
Erwin Sellering	MdL, Ministerpräsident	SPD
Dr. Norbert Nieszery	MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion	SPD
Manuela Schwesig	MdL, Sozialministerin	SPD
Constance Lindheimer	Bürgermeisterin der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft	SPD
Erika Drecoll	Rostock, Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus	SPD
Vincent Kokert	MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion	CDU
Lorenz Caffier	MdL, Innenminister	CDU
Maika Friemann-Jennert	MdL	CDU
Helmut Holter	MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	DIE LINKE
Angelika Gramkow	Oberbürgermeisterin Schwerin	DIE LINKE
Dr. Barbara Syrbe	Landrätin Vorpommern-Greifswald	DIE LINKE
Johann-Georg Jaeger	MdL, Parl. Geschäftsführer der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Udo Pastörs	MdL, Vorsitzender der NPD-Fraktion	NPD

# Konzepte für Bevölkerungswandel

Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ beschlossen

Eine Enquete-Kommission soll Konzepte für die Bewältigung des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten. Der SPD-Sozialexperte Jörg Heydorn brachte am 1. Februar einen entsprechenden Antrag der SPD/CDU-Koalition in den Landtag ein. Mit großer Mehrheit beschloss das Parlament die Einsetzung der Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, der Landtagsabgeordnete und externe Fachleute angehören werden. Die Koalitionsfraktionen sowie Grüne und Linke sagten der Kommission ihre Unterstützung zu. Ein erster Zwischenbericht soll zum 31. Dezember 2013 vorgelegt werden. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Jörg Heydorn, SPD:

## „Zusammenarbeit der Akteure verbessern“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Steigende Lebenserwartung bei niedriger Geburtenrate, ich denke, so kann man den demografischen Wandel kurz zusammenfassen.

Der demografische Wandel betrifft die gesamte Bundesrepublik Deutschland, nur im Bereich der neuen Länder verläuft er wesentlich dramatischer.

1991 [...] war Mecklenburg-Vorpommern das jüngste Bundesland. Wir sind heute eines der [...] älteren Bundesländer. War 1989 das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern 36 Jahre, steigerte sich das 2006 auf 43,8 Jahre, und 2020 wird das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern auf 49 Jahre prognostiziert. [...]

Besonders interessant ist natürlich die Frage: Wie wird der Anteil der älteren Bevölkerung zunehmen?

1991 waren elf Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern 65 Jahre alt und älter, 2010 waren es 22,1 Prozent. Für 2020 liegt die Prognose bei 25 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die dann älter sein werden als 65.

Besonders spannend ist die Entwicklung bei den Hochaltrigen. [...] Wir haben im Jahr 2008 in Mecklenburg-Vorpommern 70.000 Menschen gehabt, die 80 Jahre alt waren und älter, 2025 werden 140.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern 80 Jahre und älter sein.

Auf der anderen Seite haben wir [...] zu verzeichnen, dass wir in der Bevölkerungsdichte zurückgehen. [...] es werden weniger Menschen, die Infrastruktur geht zurück. [...]

Uns beschäftigt das, solange ich im Landtag bin. [...]

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedliche Zuständigkeiten haben. Wir als Landesebene können bestimmte Dinge im Rahmen unserer Kompetenz regeln. Es gibt die kommunale Ebene, die auch letztendlich für die Menschen in ihren Städten und Gemeinden verantwortlich ist und die die Dinge häufig sehr unterschiedlich angeht. Es gibt die Kassenärztlichen Vereinigungen, es gibt die Wohnungswirtschaft, es gibt die Verkehrsbetriebe. Alle sind letztendlich in irgendeiner Form mit dem demografischen Wandel beschäftigt und damit, wie man darauf reagiert und welche Maßnahmen man ergreift, um das Land zukunftsfähig zu machen.

Aber was [...] verbessert werden kann, ist die Zusammenarbeit der Akteure [...], und deswegen schlagen wir Ihnen die Bildung einer Enquete-Kommission vor. [...]

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.“

### Stichwort

Enquete-Kommissionen des Landtages haben die Aufgabe, zur Vorbereitung gesetzlicher Regelungen und anderer im Landtag zu treffender Entscheidungen umfassende und bedeutsame Sachverhalte in einem Lebensbereich durch Sammlung und Auswertung von Material, Einholung von Gutachten sowie Anhörung von Sachverständigen und anderer Sachkundiger zu klären sowie dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. (§ 1 Enquete-Kommissions-Gesetz M-V)

Helmut Holter, DIE LINKE:

## „Wir erwarten ein Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern“



Foto: Uwe Balewski

„Meine Fraktion stimmt der Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ zu. Aber: Wie im Vorfeld der Landtagsitzung und auch in der Rede eben von Herrn Heydorn schon deutlich wurde, gibt es da unterschiedliche Erwartungen an diese Kommission. Und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht genau diesen Anspruch deutlich, den auch wir haben. Geht es denn nun um die Alten und die Hochaltrigen in unserer Gesellschaft, oder geht es um ein gesamtgesellschaftliches Problem, wo wir alle Bevölkerungsgruppen im Blick haben? [...]

In Rostock gibt es das Max-Planck-Institut. Dort arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich ausschließlich mit der Bevölkerungsentwicklung weltweit, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Wir wissen auch, dass der Bund, das zuständige Ministerium, die sogenannte MORO-Studie angeschoben hat. Auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, konkret an der Mecklenburger Seenplatte, gibt es Ergebnisse, die in einem Katalog zusammengestellt sind, wo sich die Wissenschaftler und die Praktiker, die sich damit beschäftigt haben, sehr dezidiert zum öffentlichen Personennahverkehr, zur medizinischen Versorgung, zu Bildungsfragen und vielen anderen Dingen, die eben unter der Daseinsvorsorge zu verstehen sind, äußern [...]

Im November 2001 gab es einen Antrag der SPD und PDS, der da hieß: ‚Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land‘. Die CDU-Fraktion konterte dann 2002 mit einem Diskussionspapier ‚Abwandern oder Anpacken?‘ [...]

Ich will bloß deutlich machen, dass wir damals und auch in den folgenden Legislaturperioden bis heute es nicht geschafft haben, einen fraktionsübergreifenden – die Fensterfraktion lasse ich außen vor – Konsens zu finden, wie wir

denn gemeinsam die verschiedenen Ideen in eine Landesstrategie einbringen. [...]

Wir, die Fraktion DIE LINKE, erwarten ein Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern, das Antworten gibt, Antworten auf solche Fragen wie beispielsweise: Wollen wir an der Leitvorstellung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes festhalten, wie sie im Grundgesetz und der Landesverfassung verankert ist? Wenn das bejaht wird, was ich erwarte, dann müssen wir definieren in der Enquete-Kommission: Was verstehen wir denn unter den gleichwertigen Lebensbedingungen und wie wollen wir diese herstellen? [...]

In Punkt 400 des Koalitionsvertrages heißt es, dass ‚Pilotprojekte‘ in wirtschaftlich leistungsfähigen Kommunen erprobt werden sollen, um die bestehenden Strukturen der wohnortnahen Grundversorgung zu stabilisieren. Pilotprojekte kann man immer machen, und Pilotprojekte verschiedener Art hat es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben. Das alleine kann aber nicht die Antwort sein, denn so schön die Einrichtung einer neuen Dorfmitte für ausgewählte Gemeinden ist, es stellt sich die Frage: Was wird aus den Menschen, die in diesen Gemeinden eben nicht leben, also in Gemeinden, die nicht so leistungsfähig sind wie die, die diese Pilotprojekte dann realisieren sollen [...]

„ Ich plädiere am Ende einer solchen Arbeit für einen neuen Vertrag zwischen den Generationen. „

Wir haben uns als Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode mit Wissenschaftlern und anderen Spezialisten aus Wirtschaft und Politik, mit Praktikerinnen und Praktikern genau mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben unser Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern für die Zeit nach 2020 entwickelt. Das Leitbild trägt den Namen ‚Leitbild Mecklenburg-Vorpommern 2020 +‘. Hier geht es um ein Diskussionsangebot, um [...] kreative Lösungsansätze. Es geht auch um neues Denken. Es geht darum, wie Lebensqualität in den nahen Lebensräumen für die Menschen gestärkt werden kann und wie auch die regionale Wertschöpfung ausgebaut werden kann. Wir wollen dieses Dokument gerne auch in die Enquete-Kommission einbringen und stellen es damit zur Verfügung.

Wir werden auch nicht an der Frage vorbeikommen, wie wir es denn erreichen wollen, dass junge und gut ausgebildete Männer und Frauen im Lande bleiben; wie wir erreichen können, dass sie sich hier wohlfühlen und eine Familie gründen. Selbstverständlich hat das was mit anständigem Lohn – gute Arbeit, gute Löhne, wie die Gewerkschafter sagen – zu tun. Wir müssen weg von dem Niedriglohn-Image, und nicht nur von dem Image, sondern tatsächlich von dem niedrigen Lohnniveau. [...]

Und das Ergebnis der Arbeit dieser Enquete-Kommission, also dieser Strategie, die da entstehen soll, sollte nach unserer Auffassung auch Wahlen und damit Wechsel von Koalitionen, von Regierungen, auch der Zusammensetzung des Parlamentes überstehen und überdauern [...]

Ich plädiere am Ende einer solchen Arbeit für einen neuen Vertrag zwischen den Generationen, in dem Jung für Alt und – umgekehrt – Alt für Jung steht. Eine solche Strategie erwarten wir von dieser Enquete-Kommission. Wir wollen ein parteiübergreifendes Konzept. Wir erwarten, dass dann die Entscheidungsträger nach den Empfehlungen der Enquete-Kommission die Kraft und die Ausdauer haben, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Das ist das Entscheidende: umzusetzen. Und ich sage ganz deutlich: Eine Enquete-Kommission, deren Anspruch geringer ist, brauchen wir nicht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, stimmen wir für die Einsetzung der Enquete-Kommission mit der Ergänzung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier eingebracht hat. – Herzlichen Dank.“

Maika Friemann-Jennert, CDU:

## „Von einer inklusiven Gesellschaft sind wir Lichtjahre entfernt“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mal in die Parlamentsrunde: Möchten Sie alt werden?“

*(Zurufe aus dem Plenum: Ja! –*

*Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die Alternative ist schrecklich.)*

Die Antwort mag unterschiedlich ausfallen, doch, liebe Kollegen, da das Elixier ewiger Jugend noch nicht erfunden worden ist, werden wir nicht darum herumkommen, uns früher oder später, jeder für sich, damit zu befassen. [...]

„Ältere und alte Menschen wollen nicht abgeschoben werden. Und das zu Recht.“

Die Frage (muss) anders gestellt werden, nämlich: Wie wollen wir alt werden? Gesund altern, klar. Wenn dies aber nicht eintrifft: Kann ich mich ohne Ängste in Pflege begeben? Was geht zu Hause? Kann ich mir das leisten?

Wir alle wissen, dass diese Systeme, die wir kennen oder wie wir sie kennen, überarbeitungswürdig sind. Die Zahlen sind bekannt und nachlesbar in schon gut strukturierten Papieren, wie den Dokumenten der Altenparlamente, aus denen auch Forderungen, wie altersgerechtes Wohnen beispielsweise, in den Enquete-Einsatzantrag übernommen wurden. [...]

Ich stelle mir das Altern gerne so vor: Geborgenheit, Fürsorge, fachliche Pflege und nette Menschen, die einem helfend zur Seite stehen, mit denen man reden und lachen kann, die einen auch mal ohne Worte verstehen. Aber ich weiß auch, dass die Realität bisweilen völlig anders aussieht. Es sollte nicht zu beschwerlich sein im Alter, Einkäufe zu erledigen. Ich meine damit gewiss nicht den Weg zum mobilen Brot- oder Fleischerwagen einmal in der Woche. Das ist etwas zu wenig. Der Weg zum Arzt möge kurz sein, wenigstens der zum Hausarzt. [...]

Ein Teil der Menschen zwischen 50 und 67 hat ein Problem, meine Damen und Herren. Nach der Wende lange arbeitslos, finden sie sich in der nächsten Zeit vielleicht noch mal in einer Beschäftigung wieder. Aber das, was der Markt heute von ihnen verlangt, muss ihnen häufig erst wieder beigebracht werden.

In meinem Wahlkreis gibt es ein Regionalprojekt mit dem Namen TRANSIT 50.

Da hast du wieder deine 50!

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Geht das schon wieder los?!)*

In Neustadt-Glewe vermittelte es beispielsweise bis 2011 1.432 ältere Arbeitnehmer über 50 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in den Regionen Ludwigslust, Parchim, Doberan und Prignitz. Herr Holter hat sich das auch schon vorstellen lassen.

*(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)*

Dieses Arbeitsmarktinstrument wurde als innovatives Projekt zum Thema „Zukunft der Arbeit“ ausgezeichnet, ohne die bekanntlich keine Wertschöpfung stattfindet. [...]

Noch mal also:

„Nachhaltig“ darf keine Worthülse sein, die Ansätze fände ich im niedrighschwelligem Bereich praktischer. Wir brauchen schlüssige Konzepte und/oder auch langfristig finanzierte

Großprojekte. Schlicht gesagt: Wir haben weder das eine noch das andere, deshalb wollen wir die Enquete-Kommission einsetzen. [...]

Zur Mobilität im Alter fand ich ein Projekt der Ostseeland Verkehr GmbH, wo es um die Kombination aus Wandern und Zugfahren geht. Sie wissen, die Beine im Alter machen gelegentlich nicht mehr so mit, wie gewünscht.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: So ab 50!)*

Ab 50, manchmal auch ab 51.  
Also wir brauchen auch das Kleinteilige.

Aber auch im Bundestag wird debattiert über die Gesellschaft des langen Lebens. Sie finden im Internet und in den Printmedien Tausende Ideen, die mehr oder weniger Geld kosten, allerdings nur punktuell greifen. Schauen Sie gern mal nach in der „www.senioreninfothek.de“. Es ist schon eine imposante Datensammlung da, möglicherweise kann man das auch ein Stückweit auf Mecklenburg-Vorpommern herunterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Blick auch noch auf einige weitere Aspekte des Älterwerdens richten. Ältere und alte Menschen sind heute geistig, körperlich und seelisch im Durchschnitt deutlich bessergestellt als noch vielleicht vor 50 Jahren. Um die 50 wieder zu nennen.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Da siehste mal!)*

Viele von ihnen können oder müssen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Sie wollen mit zunehmendem Alter auch nicht abgeschoben werden. Dazu sind viele aufgrund ihrer Fähigkeiten, ihrer Fertigkeiten, ihrer Motivation und ihrer Erfahrungen auch nicht bereit, und das zu Recht.

Beim Thema Schule reden wir von Inklusion. Von der Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft sind wir Lichtjahre ent-

fernt. Ich hatte dem Antrag entnommen, Herr Suhr, dass Sie da eine Änderung vornehmen wollen. Wenn wir Migration und Integration schaffen, dann sind wir schon sehr gut, egal wie hochkarätig wir das formulieren. [...]

Es ist über Mitwirkungsmöglichkeiten zu reden. Ehrenamtliches Engagement bei den ‚jungen Alten‘ ist breit gefächert. Es geht nicht nur um das Hüten der Enkelkinder – eine sehr schöne Aufgabe, aber zunehmend findet diese weniger statt, weil die Enkel und die Kinder ganz woanders wohnen. Aber es ist auch denkbar, sich in der Nachbarschaft zu helfen. Und neuerdings kann man sogar den Bundesfreiwilligendienst nutzen. Ein Ehrenamt ist in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen möglich. Oft funktionieren kleine Einheiten auf dem Land ausschließlich über das Ehrenamt. Hier müssen wir darauf achten, dass das Engagement der Älteren nicht überstrapaziert, sondern vielmehr ausreichend gewürdigt wird.

*(Minister Harry Glawe: Sehr richtig.)*

[...] Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bereits viele gute und Erfolg versprechende Ansätze gibt. Stärken wir diese Vorhaben, auch finanziell. Es dürfen nicht nur gute Vorsätze bleiben. Hilfe zur Umsetzung bieten und diese Umsetzung auch kontrollieren, das ist unsere Aufgabe.

‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘, was kann dieses Land bieten? Um das herauszufinden, wollen wir die Enquete-Kommission einsetzen. Lassen Sie uns diskutieren und gemeinsam den besten Weg finden, denn gegangen werden muss dieser Weg jetzt. Und wenn da vielleicht so etwas wie ein Masterplan herauskommt, umso besser. – Danke für die Aufmerksamkeit.“

#### Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenausügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurde wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. In der Debatte zur Einsetzung einer Enquete-Kommission sprach außer den hier wiedergegebenen Rednern von der Fraktion DIE LINKE Peter Ritter. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) (Mediathek/Parlamentsdokumente/ Plenarprotokollauszüge)

Antrag der SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/251  
Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6/286



Foto: Jens Büttner

Schweriner Senioren-Video-gruppe

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## „Integration aller Alters- und Bevölkerungsgruppen“

Foto: Uwe Baleski



„Verehrte Frau Präsidentin! [...] Also jetzt wird sie eingesetzt, die Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘, die die Koalitionspartner, [...], bereits angekündigt hatten. [...] Die Koalitionäre haben die volle Unterstützung der Bündnisgrünen-Landtagsfraktion, wenn sie, wie dort vereinbart, ich zitiere Ziffer 397, ‚ihre Kraft darauf konzentrieren, im Land attraktive Bedingungen zu schaffen, damit alle – Jung und Alt – gerne hier leben, eine gute Arbeit finden und sich junge Menschen für eine Zukunft mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden.‘ Zitatende.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen [...] die im Antrag [...] geforderte Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure, Gruppen und Organisationen [...]. Als Schwerpunkte der Kommissionsarbeit benennt der Antrag jedoch ‚Soziale Sicherung‘, ‚Gesundheit‘, ‚Pflege‘, ‚Wohnen‘, immer im Zusammenhang mit Alter, [...]. Und wo bleiben die übrigen Generationen, die arbeitende Generation, die heranwachsende Generation oder auch die zuwandernde Generation? Generationengerechtigkeit sieht anders aus! [...]

„ Wo bleiben die übrigen Generationen? Generationengerechtigkeit sieht anders aus! „

Was aber die Koalitionsvereinbarung [...] versprochen hatte, war die ‚Berücksichtigung regionaler Unterschiede und spezifischer Gegebenheiten‘ in der Förderpolitik des Landes, (...) ein Ausgleich zwischen den Zentren und der Fläche. Das lässt der Antragstext bislang deutlich vermissen.

Doch ohne die Einbettung in ein Gesamtkonzept zur Bevölkerungs- und Regionalentwicklung laufen die Ergebnisse einer so beauftragten Enquete-Kommission [...] darauf hinaus, bestenfalls ein deutsches Florida zu schaffen, ein Seniorenwohnheim für die Republik [...]. Welche Attraktivität aber hätte ein solches Mecklenburg-Vorpommern [...]? Eine gebremste Zuwanderung und eine beschleunigte Abwanderung [...] würden irreversible Schäden hinterlassen [...]. Weder politisch noch ökonomisch wäre das sinnvoll. [...]

Wir stellen fest, dass zum vorliegenden Antrag noch ein anderer Blick erforderlich sein wird, um den demografischen Wandel handlungsfähig zu gestalten. Deshalb schlägt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dem Änderungsantrag [...] vor, den Auftragsrahmen der Enquete-Kommission zu erweitern, um die Integration aller Alters- und Bevölkerungsgruppen umzusetzen, sowie der Verteilung zwischen den Zentren und der Fläche gerecht zu werden. Die so erweiterte Enquete-Kommission muss statt wie bisher ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ konsequent unter dem Titel ‚Demografischer Wandel‘ geführt werden.

Die Berichtsfrist der Enquete-Kommission haben wir auf den 31.05.2013 vorverlegt, um gegebenenfalls noch mal andere, neue Schwerpunkte zu erarbeiten, um dann die Enquete-Kommission erfolgreich zum Ende zu bringen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um die Unterstützung unseres Änderungsantrages.“

### Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns sowie relative Veränderung nach Altersgruppen

Altersgruppe	1982	1989	1995	2007	Veränderung gegenüber 1989 in %
unter 20	592 413	552 971	476 218	279 854	- 49,4
20 – 60	1 036 831	1 110 292	1 038 430	973 377	- 12,3
60 – 85	284 494	276 000	287 494	406 817	+ 47,4
85 und mehr	13 707	16 672	16 671	26 670	+ 60,0
insgesamt	927 445	1 955 935	1 818 813	1 686 718	- 13,8

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Ministerin Manuela Schwesig:

## „Es ist richtig, dass eine Enquete-Kommission Schwerpunkte setzt“

Foto: Ulwe Balewski



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich begrüße es außerordentlich, dass eine Enquete-Kommission ‚Alter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ eingesetzt werden soll, denn es ist ein Zeichen des Landtages, dass uns das Leben der alt werdenden Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wichtig ist und wir uns gemeinsam um ihre Lebensbedingungen, aber vor allem auch um ihre Teilhabebedingungen kümmern wollen.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land der Generationen, in dem jeder und jede seinen und ihren Platz haben soll. Wir müssen dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Und ich will hier ausdrücklich sagen, ich spreche nicht von einer demografischen Krise, es ist ein demografischer Wandel, der nach meinem Verständnis auch nicht wirklich aufzuhalten ist. [..]

In Mecklenburg-Vorpommern verschärft sich natürlich die demografische Entwicklung in Bezug auf die jüngere Bevölkerung dadurch, dass wir seit der Wende 200.000 Menschen verloren haben und davon alleine 70.000 junge Frauen aus meiner Generation und jünger, die heute fehlen und die auch mit ihren Kindern fehlen. Man kann es sich leicht machen im politischen Diskurs, dass man sich gegenseitig die Verantwortung in die Schuhe schiebt. [..]

Es wurde angesprochen – wir hatten 1992 noch 1,9 Millionen, wir werden 2030 1,5 Millionen Menschen sein in unserem Land, und der Anteil der älteren Menschen wird wesentlich größer sein. Das wird Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben, auf die Frage der Versorgung von Menschen und auf die Frage der Teilhabemöglichkeiten. [..]

Die zweite große Herausforderung besteht bei dem Thema ‚Alter und Gesundheit‘. Ich will Ihnen eine Zahl nennen. Wir hatten 2005 noch 118.000 Diabetiker, wir werden 2020 vo-

raussichtlich 143.000 haben, also 25.000 Menschen mehr, die an Diabetes erkrankt sind. Ich könnte Ihnen jetzt die gleichen steigenden Zahlen auch für andere Krankheiten sagen, die vor allem mit hohem Alter zu tun haben. [..]

Stichwort ‚Teilhabe‘. Ich finde es gut, richtig und wichtig, dass Frau Friemann-Jennert angesprochen hat, dass wir ältere Menschen aber nicht nur sehen dürfen als Menschen, die älter werden, die medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarf haben, sondern es vor allem Menschen mit Lebenserfahrung und Wissen sind. Die älteren Menschen sind heute fitter denn je und wollen und sollen sich einbringen in unsere Gesellschaft. [..] Es geht nicht, dass wir politisch über die älteren Menschen im Leben bestimmen, sondern die älteren Menschen, die Seniorinnen und Senioren unseres Landes wollen selbst politisch mitbestimmen. [..]

Das haben wir auf den Weg gebracht mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz im August 2010. Die Seniorinnen und Senioren haben die Möglichkeit, über den Landesseniorenbeirat an allen Gesetzen im Land mitzuwirken, eigene Initiativen zu erbringen. Neben Berlin sind wir das einzige Land, das diese Partizipationsmöglichkeit älteren Menschen bietet und das hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Der Landesseniorenbeirat macht Regionalkonferenzen mit regionalen Seniorenvertretungen. Seine Herbsttagungen, wo es um Weiterbildungen geht und um Erfahrungsaustausch, auch das sind wichtige Initiativen für konkrete Teilhabe.

// Mecklenburg-Vorpommern  
ist ein Land der Generationen,  
in dem jeder und jede seinen und  
ihren Platz haben soll. //

Auch die Kommunen spielen natürlich bei der Frage ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ eine wichtige Rolle, denn das Leben der Seniorinnen und Senioren findet vor Ort statt. Die rege Teilnahme am Wettbewerb ‚Seniorenfreundliche Kommune‘ zeigt, dass das Thema auch längst vor Ort angekommen ist. [..]

Abschließend möchte ich einen Punkt ansprechen, der mich bewegt [..]. Es geht um die Frage der Einsamkeit von älteren Menschen. Mir begegnet immer wieder, wenn man Informationsstände macht vor Kaufhallen, wenn wir, wie jetzt gerade in Rostock, unterwegs waren bei einem Seniorentreff, dass die Älteren sagen, neben der Sorge um die Rente: Ich bin einsam. Ich bin froh, dass es vielleicht hier noch das Seniorenbegegnungszentrum gibt in meinem Stadtteil, aber nicht mehr jeder hat das. Und es geht darum, wie können wir auch wieder eine Nachbarschaft entwickeln – da scheinen mir die Dörfer besser aufgestellt zu sein als die Städte –, wo einer auf den anderen achtet. [..]

Das sind Fragen, zu denen ich mir auch eine Wertediskussion in der Enquete-Kommission wünsche, denn ich glaube, Poli-



tik alleine kann nicht das Leben der Menschen bestimmen, sondern wir müssen die Menschen mitnehmen und die Bereitschaft, füreinander da zu sein, wecken. [...]

Ich will auf einen Punkt eingehen, der von den Grünen eingebracht worden ist. Die Frage: Muss man nicht eigentlich diese Kommission auf alle Generationen ausweiten? Geht es, dass man eine Enquete-Kommission einsetzt, die sich speziell mit den älter werdenden Menschen in M-V beschäftigt? Ich finde die Frage durchaus berechtigt. Und ich sage ganz klar aus den Erfahrungen der politischen Diskussionen [...]: Es ist richtig, dass eine Enquete-Kommission Schwerpunkte setzt. [...]

Es ist klar, die Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ darf nicht zum Generationenkonflikt werden. Jetzt vergessen wir die jüngeren Generationen, das ist Quatsch. Aber wenn man in der Politik konkret was erreichen will, dann muss man sich auch mal einem konkreten Schwerpunktthema widmen. Das wird die Enquete-Kommission tun. [...]

Ich wünsche mir ausdrücklich, dass wir ein Land der Generationen bleiben, Jung und Alt im Blick haben, und dass die Enquete-Kommission, so, wie hier angekündigt worden ist, auch von der Opposition als parteiübergreifende Möglichkeit gesehen wird, gute Lebensbedingungen und Teilhabebedingungen für die älter werdenden Menschen in M-V zu entwickeln. Sie haben es verdient. – Vielen Dank.“

Stefan Köster, NPD:

„Zuwanderung bedeutet die totale Selbstaufgabe“



Foto: Uwe Balewski

„[...] Frau Friemann-Jennert sagte sinngemäß, dem Landtag und der Landesregierung fehlen die Konzepte, die kommenden Probleme zu lösen. Und das wurde bei allen bisher eingebrachten Redebeiträgen sehr deutlich.

Einige von Ihnen, ehrenwerte Herrschaften, werden sich sicherlich noch daran erinnern, dass wir, die NPD-Fraktion, im Januar 2010, [...], bereits die Einsetzung einer Enquete-Kommission unter dem Titel ‚Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien‘ einforderten. [...]

Noch 1989 lebten in Mecklenburg-Vorpommern rund zwei Millionen Einwohner. Bis Ende 2011 verlor Mecklenburg-Vorpommern mehr als 330.000 Bewohner. [...] Von der einst jüngsten Region der Bundesrepublik Deutschland gilt Mecklenburg-Vorpommern als das Altenheim der Republik. [...] Bis 2050 wird Mecklenburg-Vorpommern weitere 400.000 Einwohner verlieren. Das ist eine ungesunde Entwicklung. Natürlich ist es schön, wenn die Lebenserwartung steigt. Wenn die Bevölkerungspyramide aber ihr Gleichgewicht verliert, dann droht ein Volkstod, [dann droht letztendlich der Untergang der gesamten Gesellschaft, und das wollen Sie nicht verstehen. [...]

„ Wenn die Bevölkerungspyramide ihr Gleichgewicht verliert, droht ein Volkstod. „

Weder gibt es Bestrebungen dergestalt, die deutschen Familien endlich in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen und ein familien- sowie kinderfreundliches Umfeld zu schaffen. [...]

Der fatalen Entwicklung der Bevölkerungspyramide mit einer Zuwanderung von Fremden begegnen zu wollen, bedeutet letztendlich aber die totale Selbstaufgabe. [...]

Heutzutage werden Kinder- und Entbindungsstationen in Kliniken geschlossen, weil diese nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sein sollen. In was für einem Staat leben wir eigentlich, der so familien- und kinderfeindlich ist? [...]

Erstes Zitat: ‚Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.‘ Zitatende. So der ehemalige Bundesumweltminister Trittin am 2. Januar 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. [...] Ein Volk, das sich von diesen Politikern regieren lässt, braucht keine Feinde. [...] Danke.“

Jörg Heydorn, SPD:

## „Wir wollen keine Enquete-Kommission zum demografischen Wandel, sondern zum Älterwerden“

Foto: Uwe Baleski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! [...]

In der letzten Legislaturperiode hat der Fraktionsvorsitzende, der damalige und jetzige Fraktionsvorsitzende der NPD, sinngemäß – ich glaube, es ging um Kinder oder Schüler – gesagt: Man muss sich auf die Gesunden konzentrieren. Auf die Gesunden muss man sich konzentrieren.

*(Stefan Köster, NPD: Man muss die Starken fördern, damit man die Schwachen unterstützen kann.)*

Es gibt in diesem Landtag noch eine ganze Reihe von Leuten, die damals hier mit im Saal saßen

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)*

und die alle im Grunde bezeugen können, dass es in diese Richtung geht. Das ist alles dokumentiert. Da wissen wir genau, was wir von Ihnen zu halten haben. Und wir möchten gerne mal wissen, was das letztendlich für vertrauensbildende Geschichten sind, die man mit solchen Äußerungen in der Bevölkerung implementiert.

Aber nur so viel dazu.

*(Stefan Köster, NPD: Dafür sollten Sie sich schämen.)*

Vielleicht sollten Sie dann, Herr Köster,

*(Stefan Köster, NPD: Dafür sollten Sie sich schämen.)*

vielleicht sollten Sie dann, Herr Köster, auch die Dinge noch mal zitieren,

*(Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

die von Ihrer Fakultät hier im Landtag öffentlich von sich gegeben worden sind.

*(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie das doch!)*

Das mache ich doch, das habe ich doch gerade getan.

Es gerät nichts in Vergessenheit. [...]

Das ist genauso hier gesagt worden.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist richtig.)*

Aber jetzt wollen wir uns wieder dem Antrag zuwenden.

Ich finde, Herr Holter, Sie haben eine gute Rede gehalten.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine sehr gute.)*

Ich will noch mal ein paar Dinge herausarbeiten. Wir haben, was den demografischen Wandel betrifft, kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit. Ich habe das schon gesagt, ich bin seit zehn Jahren hier dabei. Die Ministerin hat gerade noch mal aufgezählt ansatzweise, was wir auf der Landesebene gemacht haben. Aber wir sind nur für bestimmte Bereiche zuständig. Wir tragen nur für bestimmte Bereiche Verantwortung. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen.

„ Wir haben beim demografischen Wandel kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit.“

Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode dazu entschieden, Pflegestützpunkte flächendeckend zu fördern. Durchgreifend ist das nicht zur Umsetzung gekommen. Nur einige Kommunen sagen: jawohl, wir nehmen das Geld des Landes mit, wir machen das mit den Krankenkassen zusammen und wir realisieren diese Pflegestützpunkte. Wenn man sich den Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum demografischen Wandel ansieht, dann werden die Pflegestützpunkte als ein sehr zielführendes Instrument genannt. Und die Frage steht ja im Raum: Warum passiert das dann nicht flächendeckend im gesamten Land? Das haben wir nicht in der Hand. Da brauchen wir andere Akteure.

Und was den Antrag der Grünen angeht, den Sie ja unterstützen wollen, der quasi auf Ausweitung ausgerichtet ist, so werden wir dem Antrag nicht zustimmen können.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wundert auch nicht.)*

Wir möchten auf der einen Seite den Titel nicht verändern, denn Untersuchungen zum demografischen Wandel gibt es in diesem Land zuhauf. Die gibt es auch sehr kleinteilig.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Es geht ja um eine Enquete.)*

Ja, das ist schon klar.

Wir wollen keine Enquete-Kommission zum demografischen Wandel, sondern wir wollen eine Enquete-Kommission zum Älterwerden. Und bei der Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist es schon schwierig genug, die Sache zu händeln. Machen Sie mal Folgendes, Herr Suhr, schauen Sie mal in Richtung Nordrhein-Westfalen! Die haben vor mehreren Jahren eine Enquete-Kommission gemacht zum Thema ‚Zukunft der Pflege‘. Die ist publiziert worden. Das ist so ein Schinken! Damit haben die sich mehrere Jahre beschäftigt, nur mit dem Thema Pflege.

*(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)*

Den Anspruch haben wir nicht. Wir wollen das nicht auf Pflege reduzieren. Aber das so auszudehnen, wie Sie das vorschlagen, das wäre quasi eine Kommission, die sich mit allen Lebenslagen beschäftigen muss. Und das ist nicht der Ansatz.

*(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)*

Frau Gajek hat ja hier argumentiert, man müsste das ausweiten. Ich will das mal an einem Beispiel verdeutlichen: Frau Gajek kommt aus Schwerin. In Schwerin sind ungefähr 34 Prozent der Leute heute 60 Jahre alt und älter. Vor einigen Jahren hat es eine Untersuchung gegeben zum Thema ‚Altersgerechter Wohnraum‘, mit dem Ergebnis, dass uns in der Bundesrepublik Deutschland mehrere 100.000 Wohnungen fehlen, die altersgerecht zugänglich sind.

Jetzt hat diese Landeshauptstadt Schwerin auch ein Wohnungsunternehmen und eine Wohnungsgenossenschaft und mehrere andere Anbieter. Und die Frage ist ja: Was

passiert an der Stelle? Also hier fehlen in Größenordnungen altersgerechte Wohnungen. Wenn man sich hier mal so umtut, werden Sie feststellen, das Thema Fahrstühle und dergleichen, das finden Sie nur in einigen Wohnungen sehr, sehr gering durchsetzt. Und die Frage ist: Wie kommen wir zu Verbesserungen? Jetzt kann man sagen, okay, reguliert der Markt. Wenn es eine hohe Nachfrage gibt, dann werden die Wohnungsunternehmen das irgendwann machen, und die, die nachfragen, müssen bezahlen. Da ist die Frage: Haben die Leute letztendlich die Mittel, um das finanzieren zu können?

*(Torsten Renz, CDU: Nein.)*

Es gibt die Möglichkeit der öffentlichen Förderung. Herr Holter sprach die Verantwortung durch das Land an. Dann ist die Frage: Wird das Land das finanzieren können? Wo ist der kommunale Beitrag an der Stelle? Das heißt also, wenn Sie sich nur dieses Thema Wohnen unter dem Gesichtspunkt älter werdende Bevölkerung ansehen, haben Sie eine Vielzahl von Fragen zu beantworten.

Das Gleiche gilt für alle anderen Bereiche. Es gilt für den Bereich Verkehr, es gilt für den Bereich Gesundheit, es gilt für den Bereich der Pflege und so weiter und so fort. Und wenn man sich die Aufgabe stellt, hier etwas erreichen zu wollen und zu Ergebnissen zu kommen, kann man das nicht unendlich ausdehnen. Deswegen ist unser Ziel, unter dem Gesichtspunkt der älter werdenden Bevölkerung das zu betrachten und auch zu untersuchen.

Und dann noch mal [...] zum Arbeitsansatz dieser Kommission. Meines Erachtens geht es nur konsensorientiert. Also man muss die Frage beantworten: Wer macht was wie in welchen Zeiträumen und wie wird die Sache letztendlich finanziert? Und da ist es nicht hilfreich, wenn einer auf den anderen guckt und sagt, das ist ja eigentlich deine Aufgabe oder du musst es machen und du musst es bezahlen. Das wird uns nicht weiterhelfen. Und man muss sich auch lösen von parteipolitischen Gesichtspunkten an der Stelle. Also wenn man sich über Zeiträume unterhält und letztendlich



Am 26. Mai 2011 fand im Schweriner Schloss das 7. Altenparlament statt.

Foto: Landtag M-V

langfristig bestimmte Dinge festlegt, dann muss das durchgetragen werden, egal wer letztendlich gerade die Regierung stellt. Ansonsten macht das keinen Sinn.

*(Helmut Holter, DIE LINKE: Meine Rede.)*

Aber dieses Thema hat für uns eine derartig große Bedeutung, dass wir, glaube ich, uns auf diesen Weg machen sollten und versuchen sollten, im Rahmen dieser Enquete-Kommission nicht nur zwischen den Parteien des Landtages, sondern auch zwischen den Akteuren auf den anderen Ebenen, die involviert sind – ob das die Kommunen sind, die Wohnungsunternehmen, die Pflegeverbände und dergleichen mehr –, Konsens zu erzielen und zu sagen: so, darauf können wir uns verständigen und das wollen wir empfehlen, innerhalb bestimmter Zeiträume letztendlich zur Umsetzung zu bringen. Das ist von unserer Vorstellung her das, was diese Enquete-Kommission leisten sollte. Und deswegen haben wir auch den Wunsch, dass es dabei bleibt, und werden dem Antrag nicht zustimmen.

**Vizepräsidentin Silke Gajek:**

*Herr Heydorn, ich sehe, Herr Suhr möchte eine Frage stellen. Kann er dies tun? (Zustimmung)*

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heydorn.

Ich habe eine Frage. Meine Frage orientiert darauf: Teilen Sie die Auffassung, dass es sich bei der demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern um eine ganze Reihe von Problemen handelt, die generationsübergreifenden Charakter haben; und wie wollen Sie dem möglichen Eindruck begegnen, dass sich andere Generationen, also nicht die älteren, sondern die jüngeren Generationen, ungleich behandelt fühlen, wenn der Landtag diese Schwerpunktsetzung vornimmt?

**Jörg Heydorn, SPD:**

Also der demografische Wandel betrifft nicht nur die Älteren. Aber unserem Erachten nach sollte die älter werdende Gesellschaft die besondere Herausforderung im demografischen Wandel sein. Wenn Sie sich gerade in der Fläche die Entwicklung ansehen, tauchen schon sehr die Fragen auf: Wie will ich ärztliche Versorgung sicherstellen für Menschen, die [...] immer älter werden? Wie will ich das Thema ‚Pflegerische Versorgung‘ sicherstellen? Wo sollen letztendlich die Leute wohnen? Welche Verkehrsanbindungen sind zu realisieren? Also ich will diese Wertigkeit gar nicht herstellen. Meines Erachtens ist das Thema ‚Älter werdende Gesellschaft‘ eine herausragende Aufgabe in diesem Land.

Ich möchte damit die Jüngeren nicht abkoppeln, und ich bin auch nicht der Meinung, dass das Thema ‚Jüngere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern‘ politisch kein Thema ist. Ich finde nur, das kann letztendlich in dieser Enquete-Kommission nicht bearbeitet werden, weil der Arbeitsauftrag dieser Enquete-Kommission dann nicht mehr zu leisten

ist. Man muss ja auch immer die Frage stellen: Wie lassen sich solche Dinge operationalisieren?

Um das mal zu versuchen zu verdeutlichen: Stellen Sie sich mal vor, es werden jetzt bestimmte Experten in die Enquete-Kommission berufen. Da sitzen dann Leute, die kommen gegebenenfalls aus dem Wohnbereich. Die hören sich dann das Thema Pflege an und so weiter und so fort. Das sind ja alles Dinge, die muss man unter einen Hut bringen, und das kann man beliebig ausweiten. Deswegen sagen wir: Älter werdende Gesellschaft ist eine wirklich herausragende Situation in Mecklenburg-Vorpommern, die es verdient, dass man sich ihr gesondert und mit hoher Aufmerksamkeit zuwendet. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

## Enquete-Kommissionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

### 1. Wahlperiode 1990 – 1994

#### **Kommission zur Erarbeitung einer Landesverfassung**

Die Verfassungskommission bestand aus elf Abgeordneten des Landtages, vier von den Fraktionen benannten Sachverständigen, vier Vertretern weiterer Gruppierungen und einem Vertreter der Landesregierung (Letzterer ohne Stimmrecht).

### 2. Wahlperiode 1994 – 1998

#### **Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“**

Dieser Kommission gehörten 18 Mitglieder an – sieben Abgeordnete sowie elf externe Sachverständige, darunter auch je ein Vertreter der Parteien F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen, die nicht im Landtag vertreten waren.

### 3. Wahlperiode 1998 – 2002

#### **Enquete-Kommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“**

Dieser Kommission gehörten sechs Abgeordnete (zwei pro Fraktion) an, sechs Wissenschaftler bzw. Vertreter des öffentlichen Lebens, je ein Vertreter des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages M-V sowie sechs Vertreter der kommunalen Ebene.

### 4. Wahlperiode 2002 – 2006 Keine Enquete-Kommission

### 5. Wahlperiode 2006 – 2011

#### **Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“**

Dieser Kommission gehörten 21 Mitglieder an – zwölf Abgeordnete sowie neun von den Fraktionen berufene externe Sachverständige.

### 6. Wahlperiode 2011 – 2016

#### **Enquete-Kommission „Älter werden im M-V“**

Dieser Kommission gehören ebenfalls 21 Mitglieder an – zwölf Abgeordnete sowie neun von den Fraktionen berufene externe Sachverständige.

# Wirtschaftlichkeit kontra Tierschutz?

Agrarausschuss hörte Geflügelwirtschaftsverband M-V an

„Geflügelhaltung – ein Produktionszweig im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Tier- sowie Umweltschutz“. So lautete das Thema einer nichtöffentlichen Anhörung, zu der Agrarausschuss des Landtages am 26. Januar 2012 den Geflügelwirtschaftsverbandes Mecklenburg-Vorpommern eingeladen hatte. Hintergrund waren Pressemeldungen über den Nachweis von Antibiotikaresistenten Keimen auf Hähnchenfleisch.

Marion Dorn, Vorsitzende, und Silvia Ey, Geschäftsführerin des Geflügelwirtschaftsverbandes M-V, erläuterten den Abgeordneten, welchen Dokumentationspflichten die Geflügelhalter zu genügen haben, um den in der technologischen Kette nachfolgenden Verarbeitungsunternehmen und schließlich den Verbrauchern hochwertige und den Vorschriften entsprechende Lebensmittel bereitzustellen. Neben den Verbandsvertreterinnen stellte sich auch Agrarminister Dr. Till Backhaus den Fragen der Abgeordneten. Mit Genehmigung der Verbandsvorsitzenden veröffentlichten die LandtagsNachrichten einen anonymisierter Auszug aus dem Kurzprotokoll der Anhörung.

„Auf Bitte von Abg. ... erläutert Vors. Marion Dorn, dass ihr Betrieb mit der Fa. ... zusammenarbeite. Die Küken bekomme man von einer Brüterei der Fa. ... (Sachsen-Anhalt) geliefert. Mit den Küken zusammen würden dem Mäster das Alter der Elterntierherde, die Rasse sowie eventuell im Herkunftsbestand der Eier aufgetretene Krankheiten mitgeteilt. Wenn es in der Population der Elterntiere Probleme

gegeben habe, werde zusätzlich auch der betreuende Tierarzt informiert. Die Küken würden dann in ihrem Betrieb in vorschriftsmäßig vorbereitete und desinfizierte Ställe eingestallt. Die Haltungstemperatur liege bei 35 Grad Celsius. Danach erfolge die Mast der Tiere (Kurzmast: Mastdauer 30 Tage, Endgewicht 1.600 g; Schwermast: Mastdauer 38 bis 40 Tage, Endgewicht 2.500 g). Beim Schwermastverfahren fange man nach 30 Tagen Tiere aus der Herde heraus, wodurch die verbleibenden Tiere mehr Platz erhielten. Nach Beendigung der Mast gelangten die Tiere in einen der zugewiesenen Schlachthöfe in ... oder ... (Brandenburg) zur Schlachtung.

Während des gesamten Mastdurchgangs werde eine Dokumentation über Haltungsparameter (Anzahl verendeter Tiere, Anzahl gemerzter Tiere, Temperatur, Luftfeuchtigkeit, erfolgte veterinärmedizinische Behandlungen – Impfungen, Vitamingaben, besondere Vorkommnisse) geführt. Spätestens 72 Stunden vor der Schlachtung kontrolliere der Amtsveterinär diese Aufzeichnungen und die Tiere. Damit wisse dieser auch, aus welchen Gründen wann, wie oft und in welchen Mengen Antibiotika eingesetzt worden seien. Diese Parameter seien Bestandteil des vom betreuenden Tierarzt zu erstellenden Abgabebeleges. Die beim Auftreten von Erkrankung erforderliche Verabreichung von Medikamenten erfolge über das Tränkwasser. Der vom Amtsveterinär gegengezeichnete Beleg werde dem Schlachthof übermittelt, sodass auch dieser über möglicherweise aufgetretene Probleme informiert sei. Die Schlachtung unterliege zudem der Veterinärkontrolle. 24 Stunden nach der Schlachtung erhalte der Mäster seinerseits eine Bescheinigung des Schlachthofes darüber, warum Tiere verworfen werden mussten. Anhand dieses Dokuments könne dann der Mäster Maßnahmen ergreifen und im Bedarfsfall seine Desinfektionsmaßnahmen entsprechend ausrichten.“

Im Nachgang zu der Ausschusssitzung hat der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e. V. (ZDG) in einer Presseerklärung (27.01.2012) mitgeteilt, dass sich die nach dem QS-System zertifizierten deutschen Hähnchen- und Putenhalter ab Februar 2012 freiwillig zusätzlichen Prüfungen stellen werden. Im Fokus der sogenannten „Spotaudits“, die von der Geflügelwirtschaft selbst finanziert werden, stehen Tierschutz, Tiergesundheit und Hygiene. Bei Verstößen gegen die QS-Anforderungen drohen Sanktionen, die bis zum Entzug der Lieferberechtigung reichen.

## Vor-Ort-Termin

Um sich von der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben selbst ein Bild zu machen, wird der Agrarausschuss am 12. April einen Hähnchenmastbetrieb, einen Putenmastbetrieb und einen Legehennenbetrieb besuchen. Die Abgeordneten versprechen sich hiervon eine weitere Qualifizierung ihrer Ausschussarbeit und noch größere Kompetenz bei der Positionierung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Tier- und Umweltschutz.

Foto: Jens Büttner



# Die dritte Halbzeit

Innenausschuss debattiert über Gewalt bei Fußballspielen

Die sogenannte „dritte Halbzeit“ steht für jene Zeit vor und nach einem Fußballspiel, in der Hooligans und andere Gewalttäter ihre Aggressionen rücksichtslos gegen die Zivilgesellschaft und den Staat ausleben. Die Randalie im Herbst 2011 beim Fußballspiel zwischen dem FC Hansa Rostock und dem FC St. Pauli sind nun Thema im Innenausschuss.

Nach einem angeforderten Bericht des Innenministers am 1. Dezember 2011 konstatierten die Ausschussmitglieder: „Man kann über eine neue Qualität der Gewalt bei Fußballspielen sprechen, wenn auf den Beschuss der Besuchertribüne des Gegners mit Feuerwerkskörpern mit Applaus reagiert wird.“ Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen luden in der Konsequenz den Vorstand sowie den Fan- und Sicherheitsbeauftragten des FC Hansa Rostock und den Landesfußballverband zu einer nicht öffentlichen Anhörung ein. Während der mehrstündigen Beratung wurde erklärt, wie es trotz umfangreicher Kontrollen möglich ist, dass Gewalttäter ins Stadion gelangen, welche Motive kriminelle Fans leiten und wie wirksame Präventions- und Repressionsmaßnahmen aussehen könnten. Im Ergebnis war man sich einig, dass die Gewaltausbrüche bei Fußballspielen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen werden müssen. Bernd Hofmann, Vorstandsvorsitzender des FC Hansa Rostock, bemerkte dazu: „Es wird als cool angesehen, in einer großen und weitestgehend anonymen Masse eine aus deren Sicht besondere Bedeutung zu genießen, Beachtung und Anerkennung zu finden, die man sonst selten in der Gesellschaft findet ...“ Der Vorsitzende des Innenausschusses **Marc Reinhardt** resümierte am Ende der Anhörung: „Die Politik ist gefragt und wo wir helfen können, werden wir helfen.“

Foto: Cornelius Kettler



v.l. Sebastian Zech, Sicherheitsbeauftragter Hansa Rostock; Bernd Hofmann, Vorstandsvorsitzender Hansa Rostock; Sigrid Keler, Hansa-Vorstandsmitglied; Bastian Dankert, Landesfußballverband M-V.

# Südliche Ostsee 2020

Redaktionssitzung des X. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin

Zu einer vorbereitenden Redaktionssitzung des X. Parlamentsforums Südliche Ostsee trafen am 28. Februar im Schweriner Schloss Parlamentarier aus Regionalparlamenten des südlichen Ostseeraumes zusammen.

Im Zentrum der Beratungen stand der Entwurf der diesjährigen Resolution, die im Rahmen des vom 11. – 13. März 2012 in Kiel stattfindenden X. Parlamentsforums Südliche Ostsee verabschiedet werden soll. Darin geht es um die Umsetzung der Ziele von „Europa 2020“ in eine regionale Entwicklungsstrategie. Kernthemen sind dabei neben Bildung und Beschäftigung sowie nachhaltigem Wachstum die Reform der EU-Strukturpolitik für die Programmplanungsperiode 2014 bis 2020.

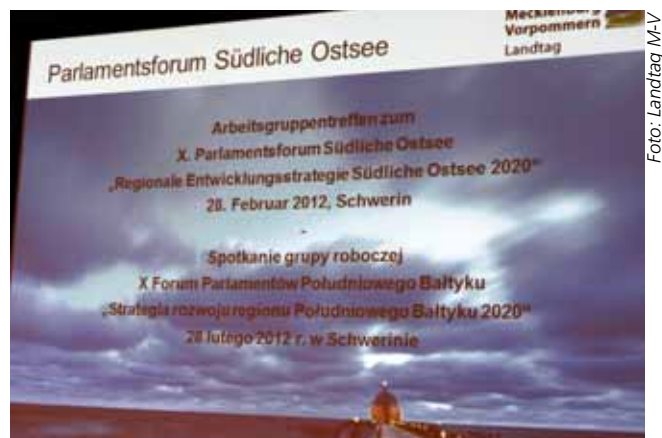


Foto: Landtag M-V

Die Sitzungsleiterin am 28. Februar, Landtagsvizepräsidentin **Silke Gajek**, äußerte sich positiv über die erreichten Verhandlungsergebnisse: „Wir sind in den Beratungen unserer gemeinsame Resolution ein gutes Stück näher gekommen.“ Bereits seit dem Jahr 2004 arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins sowie die Hamburgische Bürgerschaft mit den gewählten Vertretungskörperschaften der polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren, des Kaliningrader Oblasts und der schwedischen Region Schonen im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Ziel ist es, gemeinsame Forderungen in Europa zum Ausdruck zu bringen und damit die Durchsetzungskraft zu vergrößern. Beim X. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel werden folgende Abgeordnete den Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertreten: Detlef Müller, Jochen Schulte (beide SPD), Beate Schlupp, Andreas Texter (beide CDU), Barbara Borchardt (DIE LINKE) und Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Delegationsleitung übernimmt Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

# EU-Ausschuss der Regionen

Landesvertreter begrüßt Votum für europäische Finanztransaktionssteuer

Seit Ende Januar steht es fest: In Zukunft stellt der Landtag sowohl das Mitglied als auch das stellvertretende Mitglied des Landes im EU-Ausschuss der Regionen (AdR). Die Abgeordneten Detlef Müller (SPD) und Andreas Texter (CDU) werden durch das Land über den Bund beim Europäischen Rat für diese wichtige Aufgabe benannt. Bei der AdR-Tagung am 15. und 16. Februar ging es unter anderem um den Vorschlag der EU-Kommission für ein europäisches Finanztransaktionssystem.

„Die jüngste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hatte schwerwiegende Folgen für unsere Volkswirtschaften und öffentlichen Finanzen. Der Finanzsektor hat bei der Auslösung der Krise eine wichtige Rolle gespielt, während die Staaten und allgemein die Bürger die Kosten getragen haben.“ So beginnt der Vorschlag der EU-Kommission für die Einführung eines europäischen Finanztransaktionssystems, zu dem sich der EU-Ausschuss der Regionen (AdR) zu positionieren hatte.

Die Debatte hatte sich bereits im Fachausschuss ECOS abgezeichnet und wurde im Plenum am 15. Februar in Brüssel erneut intensiv geführt. Die Gegner eines europäischen Finanztransaktionssteuersystems kamen insbesondere aus Großbritannien und aus Schweden, doch auch Hessen mit der Börsenstadt Frankfurt ist dagegen: Eine steuerliche Belastung des Finanzmarktes wird in erster Linie prinzipiell abgelehnt. Wenn aber schon Steuern auf Finanztransaktionen, dann bitte weltweit, nicht allein in Europa – so lässt sich die Argumentation der Gegner der Steuer zusammenfassen.

**Detlef Müller**, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses und AdR-Mitglied, begrüßte das Ergebnis der Abstimmung ausdrücklich: „Am Ende war es eine klare Sache. Ich bin froh, dass die Mehrheit der europäischen Regionen sich bei der Forderung nach einem europäischen Finanztransaktionssteuersystem einig ist. Es ist in der Tat erforderlich, die Finanzmärkte an den Kosten der Bewältigung der Krise zu beteiligen – alles andere wäre ungerecht und nicht vermittelbar. Denn der Finanzsektor hat die Krise entscheidend mit verursacht.“

Der AdR hat sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen, den Ertrag aus einer solchen Steuer als Eigenmittel der EU zu behandeln, der Ertrag soll den Mitgliedstaaten zufließen. Ein weiteres Thema war die Bekämpfung von Kinderarmut. Es müsse alles getan werden, um eine generationsübergreifende Verfestigung von Armutsstrukturen, eine „Vererbung von Armut“, zu verhindern. Dazu sei insbesondere die Frage der Bildung von wesentlicher Bedeutung, Chancengleichheit sei zu garantieren und notwendige zusätzliche Unterstützung zu gewähren. Detlef Müller dazu „Die EU-

Kommission sollte unseren Impuls aufnehmen und noch in diesem Jahr eine klare Empfehlung zur Bekämpfung der Kinderarmut vorlegen. Bildung und Chancengleichheit – das sind Schlüssel dafür, dass es der nächsten Generation besser geht.“

## Oder-Partnerschaft

Landtagsdelegation bei Beratungen in Potsdam dabei



Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter die Präsidenten der Landtage Brandenburg, Berlin und Sachsen und insgesamt rund 45 Abgeordnete, haben auf Einladung des brandenburgischen Landtages am 15. und 16. Januar an einem Treffen im Rahmen der Oderpartnerschaft in Potsdam teilgenommen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern war mit einer vierköpfigen Parlamentarierdelegation vertreten.

Nach der Begrüßung – u. a. durch den brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck – diskutierten die Teilnehmer in den Themenblöcken „Wirtschaft“, „Tourismus“ und „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ die Perspektiven einer Zusammenarbeit im Rahmen der Oderpartnerschaft.

Neben den Landtagen Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen nahmen die polnischen Regionalparlamente aus Niederschlesien, Großpolen, dem Lebusener Land und Westpommern an der Beratung teil. Für den Landtag wirkten die Vizepräsidentinnen Regine Lück und Silke Gajek, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Dietmar Eifler und der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller an den Beratungen mit.

[www.oder-partnerschaft.eu](http://www.oder-partnerschaft.eu)



Foto: Georg Strätker

Für den Landtag beim Treffen im Rahmen der Oderpartnerschaft dabei: v.l. Dietmar Eifler, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Regine Lück und Silke Gajek, Vizepräsidentinnen des Landtages, und Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses.

# Gegen Ausgrenzung und Gewalt

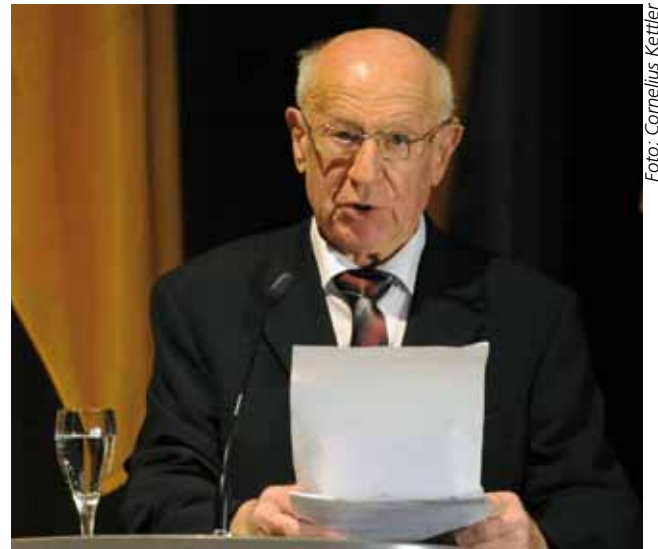
Landtag erinnert an Opfer nationalsozialistischer Diktatur

Es klingt wie ein Schwur: „Wer dies überlebt, soll die Pflicht haben, der Nachwelt davon zu berichten.“ Erich Kary erzählt in der Gedenkstunde des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus von diesem Versprechen, das ein KZ-Häftling im Januar 1945 seinen Leidensgenossen abverlangt. „Jeder hat dem zugestimmt“, erinnerte sich der 87-Jährige in seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar im Festsaal des Schweriner Schlosses.

Erich Kary nimmt das Versprechen ernst, wohl wissend, dass es auch eine Bürde ist. „Lange habe ich geschwiegen. Das waren schreckliche Jahre“, gesteht er vor den rund 120 Gästen, darunter Schülerinnen und Schüler aus Schwerin und Ludwigslust, ein. Die Bilder vom Vernichtungslager wurde er dennoch nicht los. Sie kommen vor allem in der Nacht. Auch das Bild von seiner Mutter, die er als 18-Jähriger an der berühmten „Rampe“ von Auschwitz das letzte Mal sah. Bereits einen Tag nach der Deportation starb sie in der Gaskammer – als eine von sechs Millionen von den Nazis ermordeten Juden. Er war mit der Mutter im April 1943 in das KZ gebracht und selbst als Zwangsarbeiter eingesetzt worden. „Aus einem Menschen mit Namen und Ansehen war eine erniedrigte Kreatur, ein Nichts geworden“, sagte er. Zwei Jahre Martyrium, bis er im Mai 1945 auf einem der sogenannten Todesmärsche in Wöbbelin befreit und dann in Ludwigslust heimisch wurde. „Für mich ist der 2. Mai 1945 ein Tag der Rettung, eigentlich war es wie eine zweite Geburt“, betonte er. Es habe seine Zeit gedauert, bis er das Versprechen von damals wahr machen konnte. Zuerst hatten Arbeitskollegen immer wieder gefragt. „So habe ich mich dann geöffnet und berichtet. Mir wurde es leichter, je mehr ich weitergeben konnte.“ Diese Verpflichtung sei wie ein Rucksack. „Eine Verantwortung, die ich übernommen habe. Die Menschen müssen wissen, was damals geschehen ist.“ Er äußerte sich besorgt darüber, dass heute große Unkenntnis über den Holocaust herrsche, bei Erwachsenen und auch bei Jugendlichen. Seit den 1970er Jahren sucht er auch das Gespräch mit Schulklassen.

„Die Vermittlung des Erlebten an die nachfolgenden Generationen ist mir sehr wichtig. Es geht mir dabei nicht nur um die Geschehnisse in den Konzentrationslagern und auf den Transporten, sondern auch um die Erfahrung von Ausgrenzung und Gewalt Anfang der 30er Jahre zu Beginn der faschistischen Diktatur“, sagte der 87-Jährige. Er mahnte, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Das unterstrich auch Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** in ihrer Rede. Die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wachzuhalten, sei „das Mindeste, was



Erich Kary bei seiner Rede im Landtag

Foto: Cornelius Kettler

wir heute für sie tun können“, sagte sie. Kinder, Frauen und Männer seien geächtet, misshandelt und ermordet worden, weil sie in der verblendeten Ideologie der Nationalsozialisten andersartig waren. „Diese absurde Überzeugung von der Ungleichwertigkeit von Menschen ist tief verwurzelt. Sie war der Grund für zahlreiche Kriege, und noch heute ist diese Vorstellung der Ursprung von Neid, Hass und Gewalt auf dieser Welt.“ Sie nannte den Respekt vor der Menschenwürde als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens. „Die im vergangenen Jahr bekannt gewordene grausame Serie von Morden und Anschlägen einer neonazistischen Verbrecherbande führt uns erneut vor Augen, wozu Fremdenfeindlichkeit und Hass führen können“, erklärte sie in der Gedenkstunde.

Gemeinsame Aufgabe sei es, „in der Gesellschaft für Frieden, Demokratie und Toleranz zu werben und zugleich aktiv für die Grundwerte unserer Landesverfassung einzustehen. Demokratie ist der beste Garant für Frieden und Freiheit“, betonte die Landtagspräsidentin.

Am 27. Januar 1945 waren die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz von sowjetischen Truppen befreit worden. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog machte diesen Tag 1996 zum offiziellen Gedenktag in Deutschland. Am 1. November 2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar zum Internationalen Holocaust-Gedenktag.



## Dokumentation

Die Dokumentation der Veranstaltung ist kostenlos erhältlich über das Referat Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 0385 – 525-2113. Sie kann auch auf der Internetseite des Landtages heruntergeladen werden. [www.landtag-mv.de/mediathek](http://www.landtag-mv.de/mediathek)





Foto: Jens Büttner

So könnte der neue Plenarsaal aussehen – der Entwurf des Büros Dannheimer & Joos Architekten macht das Raumvolumen und die hochwertige Wandgestaltung des einstigen Goldenen Saales wieder spürbar, ohne den verlorenen Bestand zu rekonstruieren oder zu kopieren.

## Spiegelbild der Demokratie

Landtag will größtmögliche Transparenz über Baugeschehen

Der Plenarsaal kreisrund und licht. Die Abgeordneten sehen sich von Angesicht zu Angesicht. Und verstehen sich – weil die Akustik gut ist. Zuschauer und Beobachter sind dicht dran am Geschehen. Für Tilman Joos vom Münchner Architektenbüro Dannheimer & Joos ist das ein zeitgemäßer Ausdruck von Demokratie, den er in historischer Umgebung umsetzen will. Mit dieser Vorstellung hat sein Team vor einem Jahr den vom Landtag ausgeschriebenen Wettbewerb für einen neuen Plenarsaal gewonnen. Der Umsetzung steht nun nichts mehr im Wege.

Anfang Februar hat die Parlamentarische Baukommission des Landtages, der die Landtagspräsidentin, Vertreter aller Fraktionen sowie die Finanzministerin angehören, grünes Licht für den Neubau eines Plenar- und eines Konferenzsaales gegeben. Bauherr des 26-Millionen-Euro-Projekts ist die Landtagsverwaltung. Bisher war der landeseigene Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL) für die Arbeiten am Schweriner Schloss zuständig. Der Landtag werde die Funktion des Bauherren mit „Respekt“ ausüben, versprach Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Ein solches Vorgehen war und ist bei vielen anderen Parlamentsbauten üblich.“ Nun soll bis 2016 der jetzige Festsaal zum Plenarsaal umgebaut werden, im heutigen Plenarsaal soll anschließend ein flexibel nutzbarer Konferenz- und Pressebereich entstehen. Erste Abrissarbeiten würden voraussichtlich in diesem Sommer beginnen, kündigte Landtagsdirektor Armin Tebben an. Der Festsaal soll 2013 vollständig entkernt sein. Diese Pläne haben Tebben zufolge keinen Einfluss auf bereits begonnene Baumaßnahmen. „Die Restaurierung der Schlosskirche und die Arbeiten an den Innenhof-Fassaden werden wie geplant fortgeführt.“ Den Hut bei diesen Vorhaben habe nach wie vor der BBL auf.

Foto: Jens Büttner



Der jetzige Plenarsaal bietet mit seiner langgestreckten Form nur unbefriedigende Bedingungen für die Abgeordneten, die Journalisten und die Besucher.



Foto: Uwe Balawski

Der Architekt Tilman Joos informierte über die Spätfolgen des Schlossbrandes von 1913 und die erforderlichen Sanierungsarbeiten.

Der heutige Festsaal ist Teil des Goldenen Saales, der einst bis in den 6. Stock hinaufreichte. Der historische Raum fiel beim Schlossbrand vor fast 100 Jahren den Flammen zum Opfer. Ihn originalgetreu wieder aufzubauen – das passt nicht zu Joos' Verständnis von zeitgenössischer Architektur. Modern bauen und dafür die „alte“ Hülle nutzen sei sein Ziel, wie Tilman Joos der Öffentlichkeit beim 14. Schweriner Schlossgespräch im vollbesetzten Festsaal am 29. Februar erläuterte. Der verheerende Brand, der gut ein Drittel des herrschaftlichen Bauwerks zerstörte, zeigt Folgen bis heute. Der Burgsee- und der Schlossgartenflügel seien in den nachfolgenden Jahrzehnten mehrfach umgebaut worden, sagte der Architekt. Nun habe sich herausgestellt, dass die Tragfähigkeit der Decken, die nachträglich eingezogen worden sind, den heutigen Vorgaben nicht mehr entspricht. Deshalb mussten bereits Büroräume in der 6. Etage über dem Festsaal leergezogen werden.

Neben der Statik müsse auch der Brandschutz – zum Beispiel oberhalb des Schlosscafés – dringend verbessert werden, sagte Tilman Joos. Notwendigkeiten, mit denen auch die Landtagsverwaltung nicht gerechnet hatte. Ersten Schätzungen zufolge werden die Beseitigung der Spätfolgen des Schlossbrandes und die entsprechenden Sanierungsarbeiten mit etwa zehn Millionen Euro einen Großteil des Gesamtbudgets ausmachen.

Weitere Überraschungen seien nicht ausgeschlossen, sagte der Architekt beim Schlossgespräch. Zum Beispiel geht er davon aus, dass es Wandmalereien von 1948 zur Bodenform im Bereich der heutigen Lobby gibt, die erhalten bleiben sollten. Natürlich sei auch eines klar – so Joos' Antwort auf eine Zuschauerfrage – die „Baustelle“ Plenarsaal werde sichtbar sein. Landtag, Museum und Gastronomie werden mit Einschränkungen klarkommen müssen. Konflikte werden nicht ausbleiben, mutmaßt Landtagspräsidentin Bretschneider. „Wir wollen aber das Baugeschehen so gestalten, dass möglichst wenige Beeinträchtigungen zu spüren sind“, versprach Landtagsdirektor Tebben beim Schlossgespräch. Solche Veranstaltungen zum Baugeschehen soll es noch mehrere geben. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider will – das betonte sie – „größtmögliche Transparenz“. Die Öffentlichkeit solle wissen, „warum, wie und mit welchen Kosten am Schloss wieder gebaut wird – ja gebaut werden muss.“ Die Einbeziehung aller Bürger sei wichtiges Anliegen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.



# Es klang wie ein Schützensgefecht

Schlossbrand vernichtete Goldenen Saal

Der Goldene Saal scheint seinem Namen alle Ehre gemacht zu haben. Es funkelte und leuchtete von allen Seiten und sogar von der gewölbten Decke herab. Diesen Eindruck erweckt zumindest die Abbildung in der historischen Festschrift aus dem Jahr 1869. Heute erinnert nichts mehr im Schloss an den Prunksaal, der sich dort befand, wo nun der neue Plenarsaal entstehen soll. Der historische Vorgänger war am 14. Dezember anno 1913 Opfer der Flammen gewordenen. Der verheerende Schlossbrand hatte ein Drittel des Schlosses vernichtet. Dabei war der Prachtbau erst rund ein halbes Jahrhundert zuvor nach aufwändigen Umbauarbeiten mit großem Pomp eingeweiht worden. Nun war der Burgseeflügel bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Foto: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V



Burgseeflügel nach dem Brand  
links: Der Goldene Saal – Lithographie aus der Festschrift von 1869

Die oberen Etagen des Schlossgartenflügels in Schutt und Asche gelegt. Die prächtig gestaltete, marmorne Haupttreppe genauso wie der Goldene Saal unwiderruflich verloren.

Bemerkt worden ist das Feuer an jenem sonntäglichen Unglücksabend verschiedenen Quellen nach gegen 21.30 Uhr. Da hatte es bereits die Holzdecke des Elisabethzimmers – unter dem heutigen Plenarsaal gelegen – ergriffen. Der Hofbaurat Emil Liss schildert am 19. Dezember 1913 den Brandverlauf:

„Das Feuer teilte sich in kurzer Zeit dem über den Fremdenzimmern gelegenen unausgebauten Saale [dem heutigen Plenarsaal] mit, zerstörte die denselben überdeckende hölzerne Dachkonstruktion und sprang, obwohl die in den Brandmauern des Schlosses befindlichen eisernen Türen noch geschlossen werden konnten, [...] auf die angrenzende Haupttreppe und die nach Süden gelegenen Festräume über.“

In jenem „unausgebauten Saale“ befanden sich aussortierte Möbel wie gepolsterte Stühle. Die brannten genau wie die Textiltapeten und schweren Vorhänge wie Zunder.

Ein stürmischer Nordwestwind trieb das Feuer Augenzeu- genberichten nach vom Burgsee- zum Schlossgartenflügel und bis zum Südturm. Dort soll gegen ein Uhr nachts die gelagerte Jagdmunition explodiert sein. „Es klang wie ein Schützengefecht und dauerte etwa zehn Minuten“, schreibt Klaus-Ulrich Keubke in seinem Buch vom Schlossbrand. Es dauerte, bis die Feuerwehr der Flammen Herr wurde. Was den Brand verursacht hat, ist bis heute unklar. Brandstiftung, Kurzschluss in den elektrischen Leitungen, mangelhafte Heizanlagen und fahrlässige Bedienung jedenfalls hat Hofbaurat Liss nach eingehender Prüfung ausgeschlossen. Der Erste Weltkrieg verzögerte den Wiederaufbau des ruinierten Herrschaftssitzes. Bis 1918 war das Schloss zwar notdürftig wieder hergestellt, aber auch die Republik ausgerufen, der Großherzog samt Familie ins dänische Exil geflohen, das Schloss in Staatseigentum übergegangen und Mecklenburg-Schwerin ein bürgerlich-demokratischer Freistaat geworden.

*Lesehinweis: Klaus-Ulrich Keubke, Der Brand des Schweriner Schlosses 1913, ISBN 3-00-004171-0*



1913 Goldener Saal östliche Rundbogenarkaden Schlossgartenflügel



1913 Schwarze Marmortreppe Burggartenflügel

Fotos: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege MV



1947 Umbau des Speisesaals zum Plenarsaal



1913 Speisesaal Burgsee-Flügel



(Adressfeld für Abonnenten)



Am 25. Februar hatte das landesweite Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ Vereine und Verbände zu einem WIR-Aktionstag ins Schweriner Schlossparkcenter eingeladen. Mit von der Partie war auch der Landtag. Vize-Präsidentin Silke Gajek eröffnete auf der Aktionsbühne gemeinsam mit Sozialministerin Manuela Schwesig und Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow das Programm. Am Rande ihres Einkaufsbummels informierten sich Hunderte Besucher über die Arbeit des Landtages.



Der Botschafter des Königreichs Dänemark, S.E. Per Poulsen-Hansen, war am 22. Februar zu Gast im Schweriner Schloss und trug sich im Beisein von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und dem Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller ins Gästebuch ein. Im Anschluss an das Gespräch mit der Präsidentin informierte Poulsen-Hansen im Europa- und Rechtsausschuss über die Schwerpunkte des dänischen EU-Ratsvorsitzes. Zum Jahreswechsel hatte Polen den Vorsitz im Rat der Europäischen Union an Dänemark übergeben. Dieser Vorsitz wechselt halbjährlich zwischen den Mitgliedsstaaten.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat am 2. Februar 2012 am Rande der Landtagssitzung Unterschriftenlisten der Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ entgegengenommen. Nach Angaben der Initiatoren waren mehr als 50.000 Unterschriften gesammelt worden. Vertreter der Initiative hatten diese am Nachmittag in einem Cello-Koffer überreicht. Laut Landesverfassung M-V beträgt das Quorum für eine Volksinitiative 15.000 Unterschriften.

Das hat Spaß gemacht! Da waren sich die Schülerinnen und Schüler von der Regionalen Schule „Dr. Ernst Alban“ Rastow einig, als sie sich im Plenarsaal des Landtages zum Erinnerungsfoto gruppierten. Bei ihrem Parlamentsspiel am 27. Januar hatten sie an den Originalschauplätzen im Landtag über einheitliche Schulkleidung in Mecklenburg-Vorpommern debattiert. Und auch Klassenleiterin Sigrid Lange war zufrieden – Vorbereitung und Organisationsaufwand hatten sich für diese besondere Art des Unterrichts gelohnt.

